

# SRG SSR Wahlbaro- meter

**Studienbericht**

September 2023

---

<b>1</b>	<b>Aktuelle Wahlabsicht</b>	<b>3</b>
1.1	Kopf-an-Kopf-Rennen um dritten Platz	3
1.2	Grüne tauchen – GLP verliert an Schwung	5
1.3	Blöcke: Korrektur nach rechts	6
1.4	Deutsch- und französischsprachige Schweiz	8
1.5	Wählerwanderungen	9

---

<b>2</b>	<b>Einschätzungen durch die Wählenden</b>	<b>12</b>
2.1	Parteileitung und politische Ausrichtung	12
2.2	Zuversicht bezüglich Wahlausgang	15
2.3	Wahlentscheid und Wahlteilnahme	16

---

<b>3</b>	<b>Themen, Herausforderungen und Ärgernisse</b>	<b>25</b>
3.1	Klimawandel nicht mehr an erster Stelle	25
3.2	Herausforderungen nach Parteien	29
3.3	Die grössten Ärgernisse	33
3.4	Themen nach Bevölkerungsgruppen	36

---

<b>4</b>	<b>Einschätzung von Bundesrat und Parlament</b>	<b>43</b>
4.1	Bundesrat: Einfluss-Rating	43
4.2	Bundesrat: Sympathie-Rating	48
4.3	Ausrichtung der Räte	50
4.4	Zusammensetzung des Bundesrats	56

---

<b>5</b>	<b>Profil der Wählenden</b>	<b>60</b>
5.1	Demographie: Geschlecht und Alter	60
5.2	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen	63
5.3	Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Achse	67

---

<b>6</b>	<b>Datenerhebung und Methode</b>	<b>69</b>
----------	----------------------------------	-----------

# IMPRESSUM

SRG SSR Wahlbarometer, 09/2023

Auftrag: SRG SSR

Ausführung: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich.

Projektteam: Michael Hermann, Sarah Bütikofer, Virginia Wenger

# Aktuelle Wahlabsicht

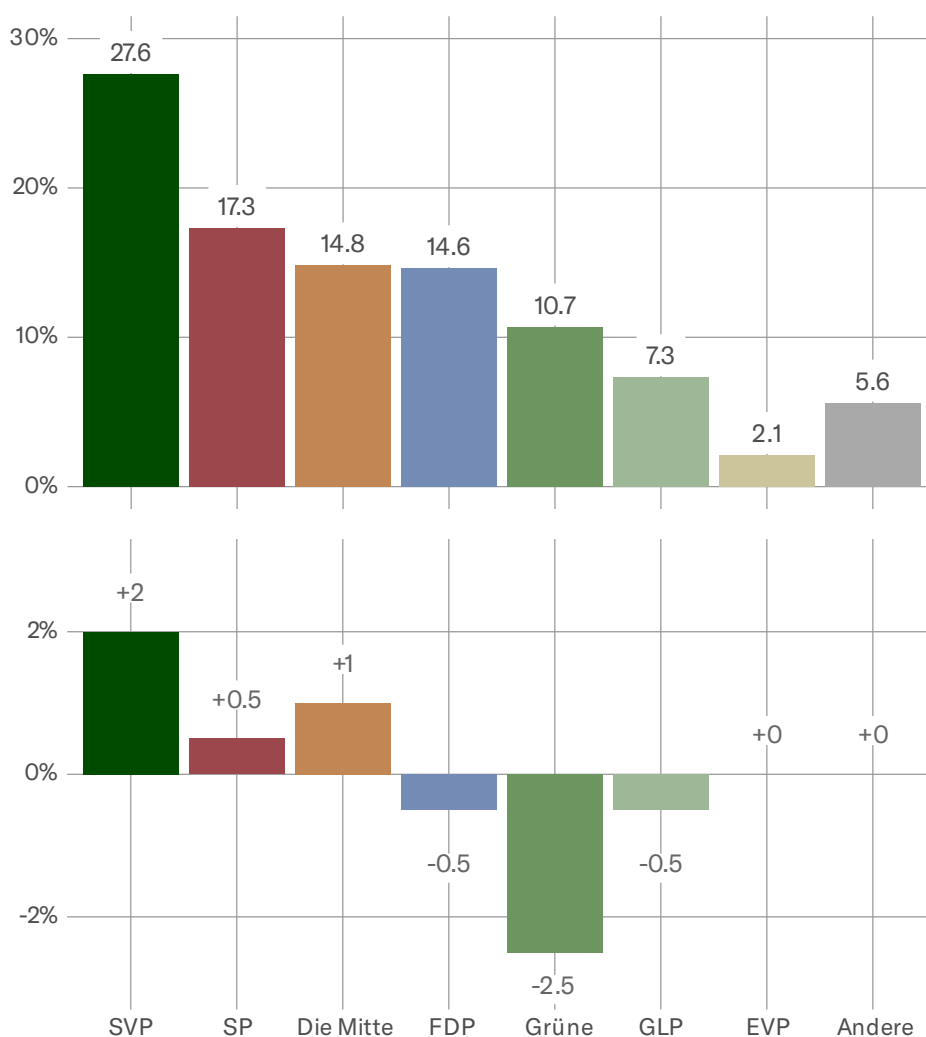
Das SRG Wahlbarometer zeigt die Wahlabsicht der Schweizer Stimmbevölkerung zwei Monate vor den nationalen Wahlen. Die Datenerhebung erfolgte online zwischen dem 4. und dem 25. August 2023 via Panel von Sotomo sowie über die Online-Kanäle der SRG. Die Ergebnisse der Umfrage basieren auf 40'889 gültigen Teilnahmen und sind repräsentativ für die aktive Stimmbevölkerung der Schweiz.

## 1.1. KOPF-AN-KOPF-RENNEN UM DRITTEN PLATZ

Wie schon bei der Umfrage vom Juli 2023 zeigt auch das aktuelle Wahlbarometer ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Mitte und der FDP um den dritten Platz in der Wählergunst. Gemäss aktueller Wahlabsicht erreicht die Mitte einen Wähleranteil von 14,8 Prozent und ist damit gleichauf mit der FDP, die einen Wähleranteil von 14,6 Prozent erzielt. Das ist bemerkenswert, schliesslich lag die CVP als Vorgängerpartei der Mitte mit einem Wähleranteil von gerade einmal 11,4 Prozent bei den letzten Wahlen 2019 weit hinter der FDP (15,1 %) zurück. 2019 waren selbst die Grünen mit 13,2 Prozent klar vor der CVP platziert. Dass die Ausgangslage heute ganz anders ist, hängt vor allem mit der Fusion der CVP mit der BDP zur neuen Partei «Die Mitte» zusammen. Durch den Zusammenschluss der beiden Parteien genügt ein moderater Anstieg des gemeinsamen Wähleranteils, um die neue Partei auf Augenhöhe mit einer stagnierenden FDP

zu bringen. Tatsächlich zeigt sich bei der Mitte im Vergleich zu den Befragungen Ende 2022 und Anfang 2023 ein leichter Aufwärtstrend von -0,5 auf +1 Prozentpunkt. Wichtig ist der dritte Platz vor allem aufgrund der verbreiteten Ansicht, dass die drei grössten Parteien je zwei Sitze im Bundesrat erhalten sollten und die viertgrösste einen. Falls die Mitte die FDP hinsichtlich ihrer Wählerstärke überholt, hat sie aufgrund ihrer traditionellen Stärke im Ständerat intakte Chancen auch zur drittgrössten Fraktion anzuwachsen. Welche der beiden Parteien in der Wählergunst tatsächlich voraus ist, lässt sich nicht sagen.

Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht (Abb. 1)



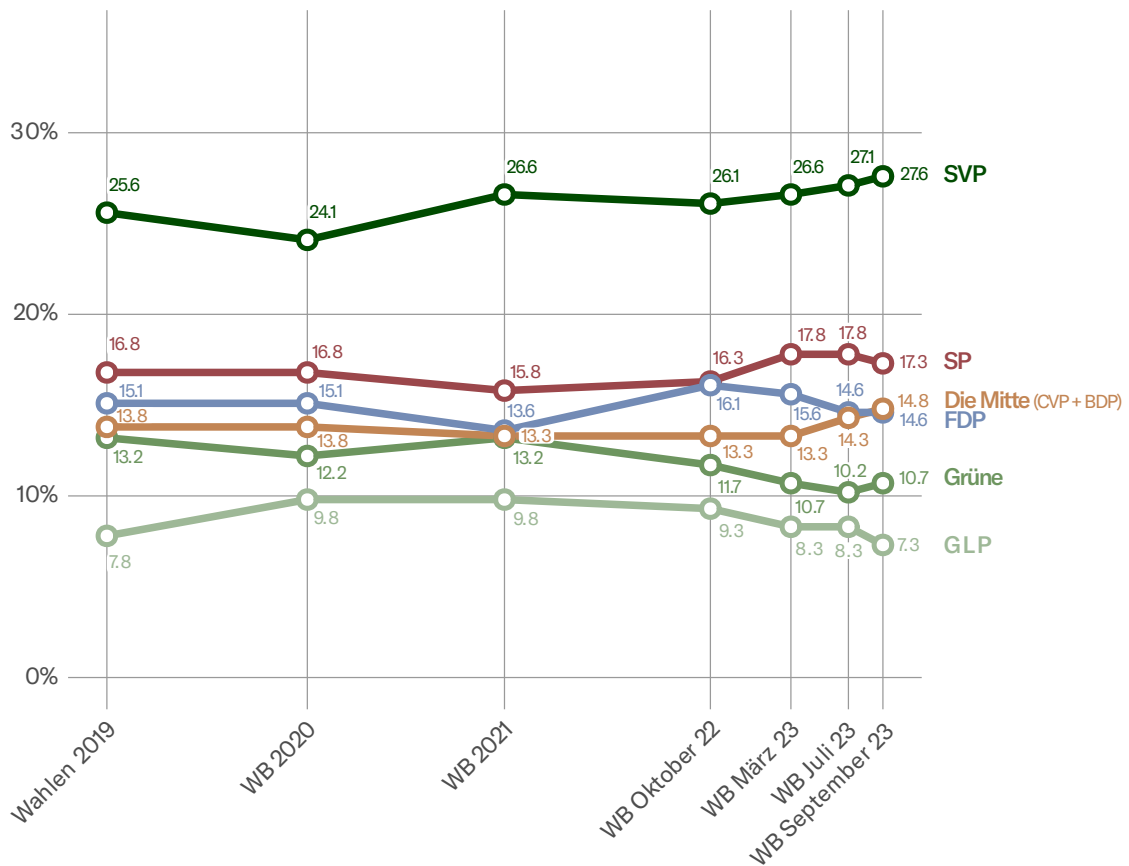
Die Schätzgenauigkeit dieser Umfrage entspricht einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,2 Prozentpunkten. Daraus lässt sich nur schliessen, dass beide Rangfolgen aktuell ähnlich wahrscheinlich sind. Dies ist gemessen am Wahlergebnis von 2019 und vor dem Hintergrund der Schweizer Geschichte seit 1848 bemerkenswert genug. Die Vorgänger der Mitte lagen seit Beginn des modernen Bundesstaats stets hinter dem Freisinn.

## 1.2. GRÜNE TAUCHEN – GLP VERLIERT AN SCHWUNG

Neben den Grünen, die über 6 Prozentpunkte dazugewannen, waren die Grünliberalen mit einem Plus von 3,2 Prozentpunkten die grossen Wahlsieger von 2019. Im Unterschied zu den Grünen setzte sich das Hoch der Grünliberalen bei den Wahlbarometerumfragen seit 2019 jedoch fort. So verzeichnete die GLP etwa bei der Umfrage zur Legislaturhalbzeit 2021 ein Plus von 2 Prozentpunkten. Seither verliert die GLP jedoch an Schwung und verzeichnet beim aktuellen Wahlbarometer mit -0,5 Prozentpunkten erstmals einen leicht negativen Wert. Die Wahrscheinlichkeit nimmt ab, dass die Grünliberalen einen Teil der erwarteten Grünen Verluste (-2,5 Prozentpunkte) kompensieren können.

Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Abb. 2)

Nationalratswahlen 2019, SRG Wahlbarometer 2020, SRG Wahlbarometer 2021, SRG Wahlbarometer 2022, SRG Wahlbarometer 2023



Während das grüne Spektrum, welches die Wahlen 2019 dominierte, in der Defensive ist, gewinnt die SVP als grosse Wahlverliererin von 2019 immer mehr an Fahrt. Mit einem Plus von aktuell 2 Prozentpunkten ist die SVP die wahrscheinlichste Wahlsiegerin von 2023.

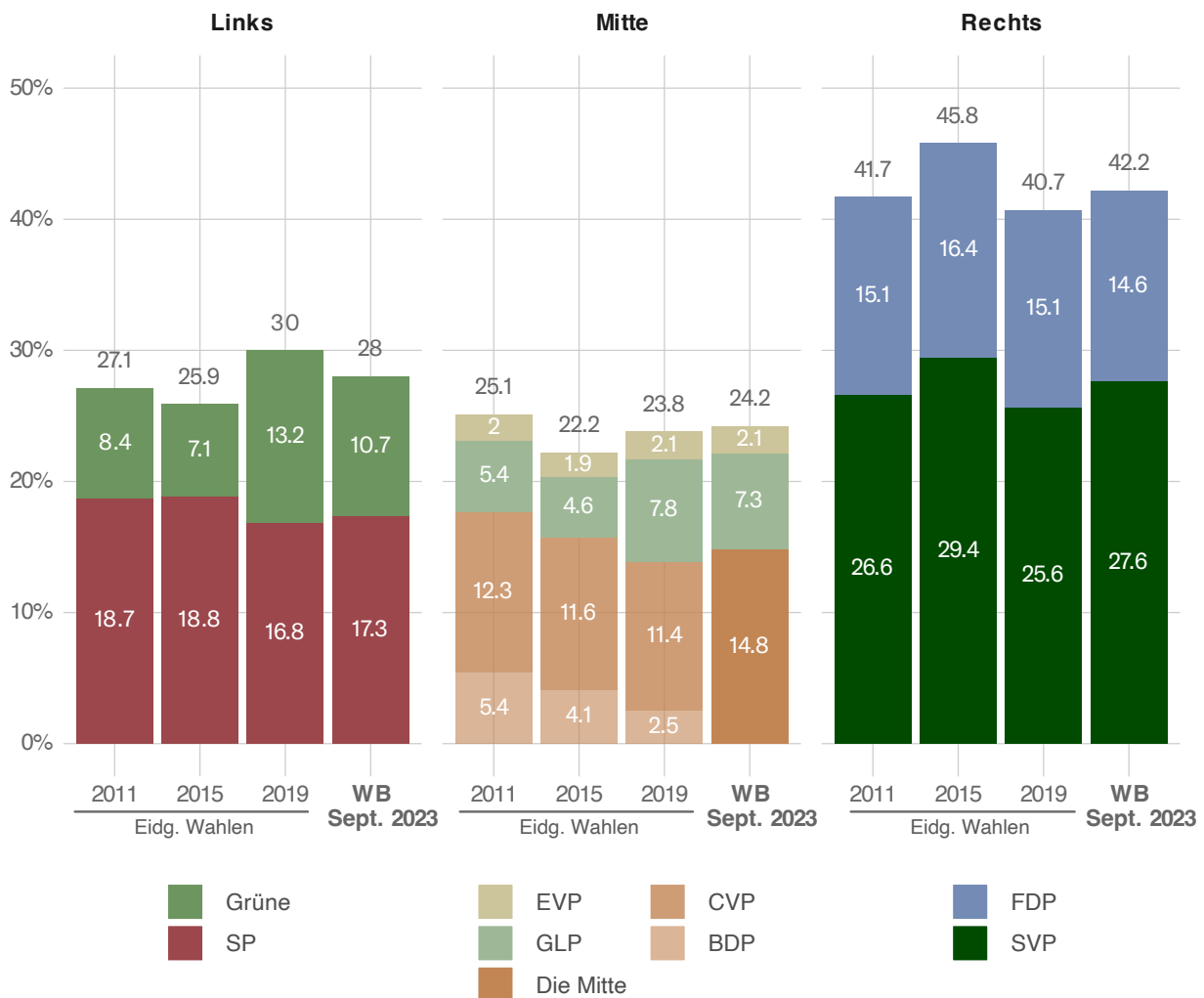
### 1.3. BLÖCKE: KORREKTUR NACH RECHTS

Politisch relevant sind vor allem Verschiebungen zwischen den politischen Lagern. Diese sind in Abbildung 3 dargestellt. Wie beim letzten Wahlbarometer verliert das rotgrüne Lager 2 Prozentpunkte. Zugleich gewinnen die Parteien rechts der Mitte

(SVP und FDP) 1,5 Prozentpunkte. Dieses Resultat bedeutet im Vergleich zu den Wahlen 2019 eine spürbare Korrektur nach rechts. Relevant ist dabei auch, dass im Mitte-Spektrum momentan die Mitte eher besser abschneidet als die GLP. Ein solches Resultat würde auch innerhalb der Mitte tendenziell zu einer Verschiebung nach rechts führen. Insgesamt entsprechen die Ergebnisse des Wahlbarometers der politischen Ausrichtung des Nationalrats nach den Wahlen 2011. Dabei gilt die wichtige Einschränkung, dass das Wahlbarometer nur die Wähleranteile im Nationalrat abbildet. Für die politische Ausrichtung des Bundesparlaments ist jedoch der Ständerat ebenso wichtig und dieser richtet sich nicht nach der Logik von Wählerprozenten.

### Entwicklung der nationalen Wähleranteile – politische Blöcke (Abb. 3)

Nationalratswahlen 2011, Nationalratswahlen 2015, Nationalratswahlen 2019, SRG Wahlbarometer 2022, SRG Wahlbarometer 2023

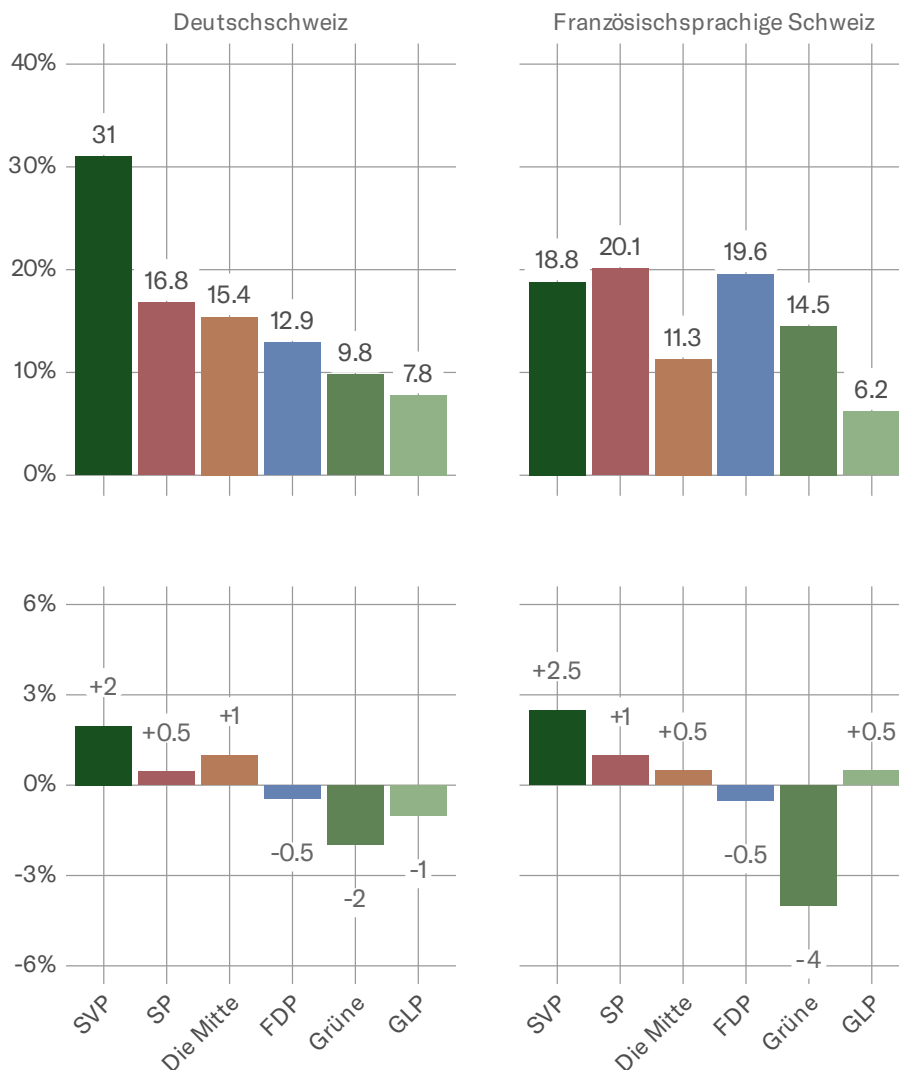


## 1.4. DEUTSCH- UND FRANZÖSISCHSPRACHIGE SCHWEIZ

Die erwartete Entwicklung der Wähleranteile in den beiden grossen Sprachregionen verläuft nur teilweise parallel. Grössere Unterschiede in den Trends zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz zeigen sich insbesondere bei den Grünen und den Grünliberalen. Mit einem Minus von 4 Prozentpunkten ist der erwartete Verlust der Grünen in der Romandie doppelt so gross wie in der Deutschschweiz (-2). Im frankophonen Landesteil war der Zuwachs der Grünen 2019 mit einem Plus von 9,3 Prozentpunkten fast doppelt so gross wie in der Deutschschweiz (+5,1). Es ist zu einem gewissen Grad folgerichtig, dass nun auch das Ende der grünen Welle die Romandie stärker trifft.

Etwas anders sind die Verhältnisse bei der GLP. Diese gewann 2019 in den beiden grossen Sprachregionen ähnlich viele Prozentpunkte hinzu. Im Unterschied zur Deutschschweiz scheint die Partei aktuell jedoch in der französischsprachigen Schweiz noch etwas Aufholpotenzial zu verfügen.

Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht – nach Sprachregionen (Abb. 4)

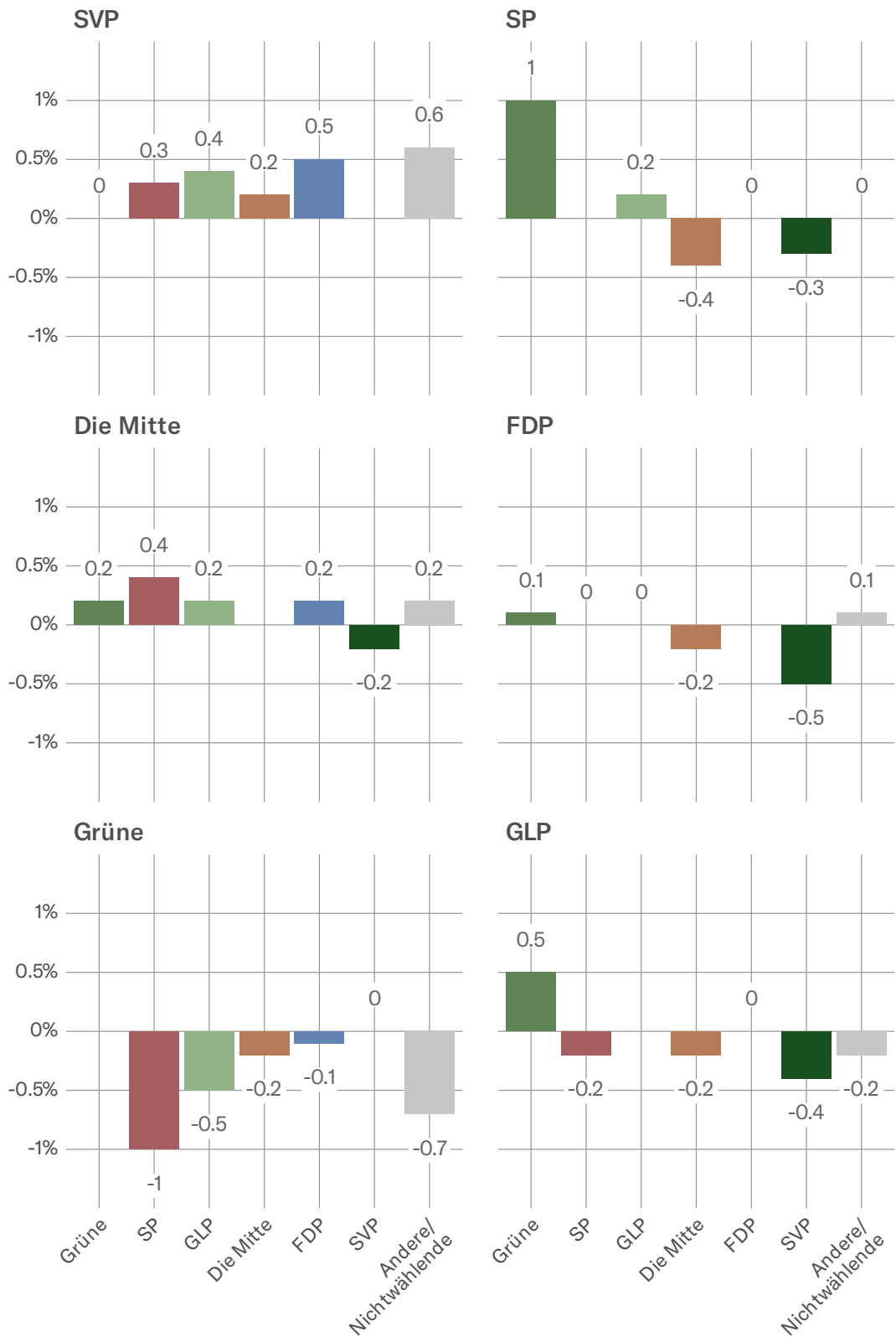


## 1.5. WÄHLERWANDERUNGEN

Erstmals in diesem Wahlzyklus haben wir die Wählerwanderungen zwischen den Parteien genauer unter die Lupe genommen. Abbildung 5 zeigt für jede der sechs grössten Parteien die Zu- und Abwanderungen zu den anderen fünf. Zusätzlich ist die Bilanz gegenüber den Nicht-Wählenden und weiterer Parteien dargestellt.

Wählerwanderungen aus Sicht der sechs grössten Parteien (Abb. 5)

Dargestellt ist die Bilanz der Ab- und Zuwanderungen in Prozent aller Wählenden.



Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um den Anteil an der Gesamtwählerschaft. Die grösste Verschiebung findet aktuell zwischen den Grünen und der SP statt. Die Grünen verlieren 1 Prozentpunkt an die Sozialdemokraten sowie einen halben Punkt an die GLP. Ein Teil der Verluste der Grünen geht auf eine Demobilisierung sowie Verluste gegenüber den übrigen Parteien zurück. Die Gewinne der SVP stammen aus verschiedensten Quellen. Die relativ gesehen wichtigste Quelle bildet die FDP. Der Wähleranteil der SVP nimmt um einen halben Prozentpunkt durch Wählerwanderungen von der FDP zu. Im Gegensatz zu den Grünen kann die SVP zusätzlich Wählende mobilisieren, die vor vier Jahren nicht gewählt haben. Der leichte Zuwachs der Mitte-Partei geht vor allem auf Wählende zurück, die politisch links der Mitte stehen.

# Einschätzungen durch die Wählenden

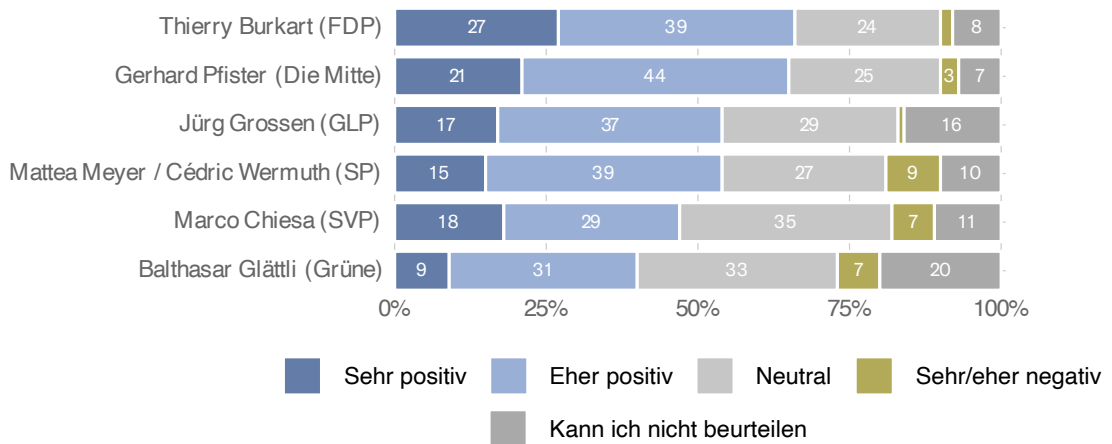
Dieses Kapitel zeigt verschiedene Einschätzungen durch die Wählenden der sechs grössten Parteien. Dabei geht es um die Parteileitung, die Ausrichtung sowie die Frage, ob eher Frauen oder Männer gewählt werden.

## 2.1. PARTEILEITUNG UND POLITISCHE AUSRICHTUNG

Weil die Bundesrätinnen und Bundesräte als Mitglieder einer Kollegialbehörde oft überparteilich agieren müssen, sind die Parteipräsidentinnen und -präsidenten die wichtigsten Zugpferde und Aushängeschilder ihrer Parteien. Abbildung 6 zeigt die Einschätzung des Einflusses der Parteipräsiden durch die Wählenden ihrer Parteien. Klar am positivsten von der eigenen Wählerbasis bewertet werden Thierry Burkart (FDP) und Gerhard Pfister (Mitte). Je rund zwei Drittel schreiben ihnen einen positiven Effekt auf das Abschneiden der Partei zu. Das Gegenstück bildet Balthasar Glättli, der von 40 Prozent der Wählenden der Grünen als Partei-Zugpferd angesehen wird.

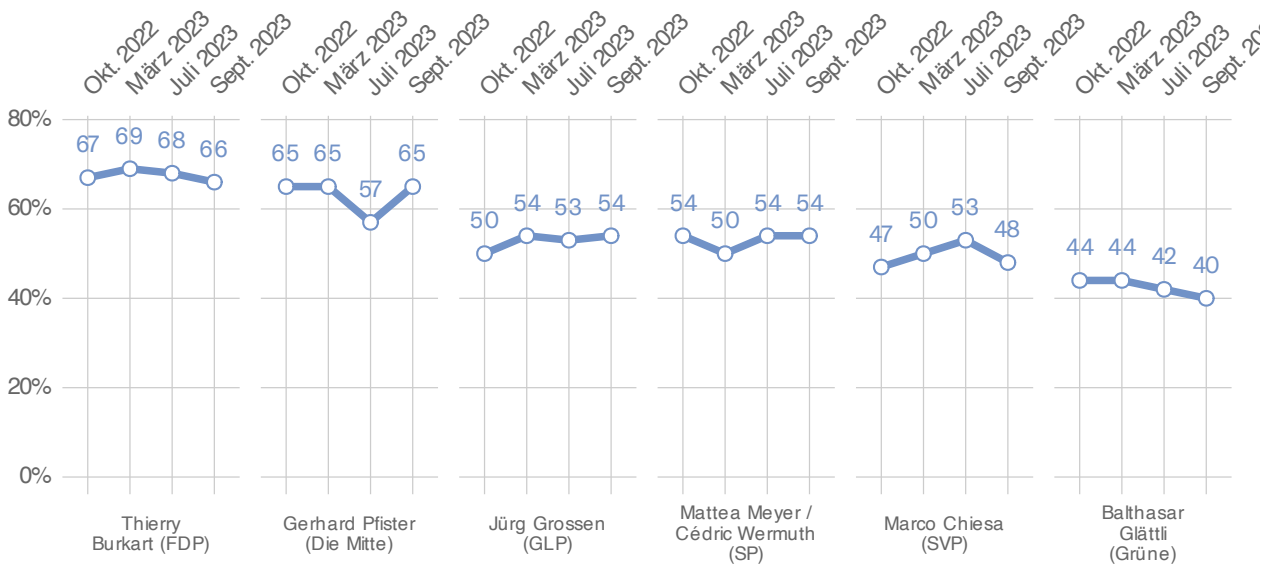
**Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei (Abb. 6)**

Frage: «Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der <Partei>-Präsident:in <Name> auf das Abschneiden der <Partei>?»



**Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei im Zeitverlauf (Abb. 7)**

Frage: «Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der <Partei>-Präsident:in <Name> auf das Abschneiden der <Partei>?»; Vergleich der Befragungen



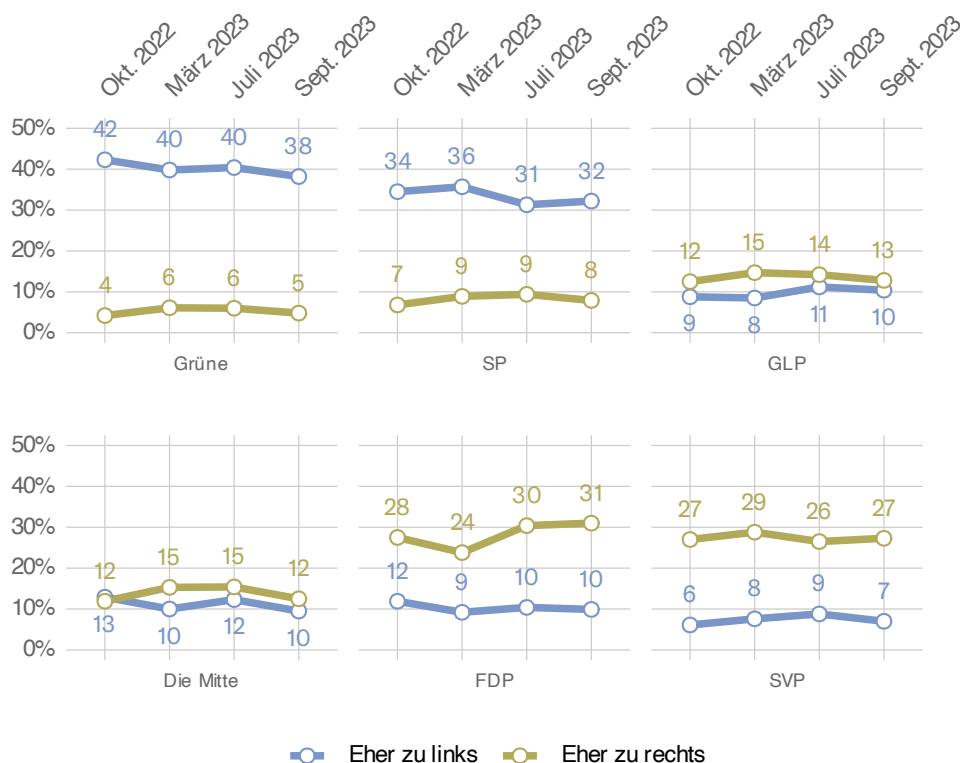
Während Thierry Burkart im Vergleich zur letzten Befragung leicht an Rückhalt verloren hat, kann Gerhard Pfister wieder Boden gut machen – der Abstand zwischen den beiden war noch nie so klein. Marco Chiesa (SVP), der in den letzten Befragungen immer positiver eingeschätzt wurde, fällt wieder deutlich hinter

Jürg Grossen (GLP) sowie Mattea Meyer und Cédric Wermuth (SP) zurück. Bei Balthasar Glättli setzt sich der Abwärtstrend fort.

Geht es um die politische Ausrichtung der bevorzugten Partei, sind die meisten Befragten zufrieden. Während viele Wählende der SP (32 %) und der Grünen (38 %) der Ansicht sind, dass die von ihnen bevorzugte Partei zu links positioniert sei, sind die Verhältnisse auf der rechten Seite spiegelbildlich. Hier finden sich viele Wählende, die der Ansicht sind, dass die Partei ihrer Wahl eher zu rechts ausgerichtet sei. Dies gilt für die FDP (31 %) noch etwas mehr als für die SVP (27 %). Grossmehrheitlich zufrieden mit der Ausrichtung der bevorzugten Partei ist die Anhängerschaft der GLP und der Mitte.

**Politische Ausrichtung der bevorzugten Partei im Zeitverlauf (Abb. 8)**

«Wie schätzen Sie die aktuelle politische Ausrichtung der Partei Ihrer Wahl ein?»



Der Anteil der FDP-Wählenden, die den Kurs der Partei als zu rechts einstufen, ist im Verlauf dieses Jahres gestiegen. Die auf-

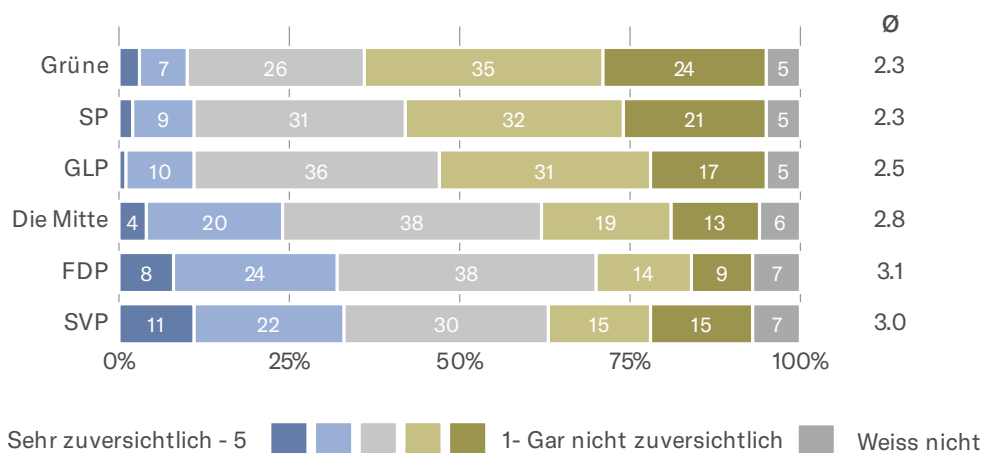
fälligste Veränderung seit der letzten Erhebung zeigt sich bei der Mitte. Hier ist der Anteil der Befragten, der nicht zufrieden ist mit der politischen Ausrichtung der Partei, von 27 auf 22 Prozent gesunken.

## 2.2. ZUVERSICHT BEZÜGLICH WAHLAUSGANG

«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute?». Passend zum erwarteten Rechtsruck bei den Wahlen 2023 sind die Wählenden der Parteien rechts der Mitte zuversichtlicher, was den Wahlausgang betrifft. Der Anteil, der zuversichtlich auf die Wahlen blickt, ist bei den Wählenden der SVP am grössten (33 %). Der Anteil, der pessimistisch auf die Wahlen blickt, ist dagegen bei den Grünen am grössten (59 %). Dies korrespondiert mit den erwarteten Wahlergebnissen dieser beiden Parteien. Wird die durchschnittliche Zuversicht aller Befragten als Referenz genommen, ist die Zuversicht bei der Wählerschaft der FDP noch etwas grösser als bei jener der SVP.

### Zuversicht bezüglich Wahlausgang nach Parteiorientierung (Abb. 9)

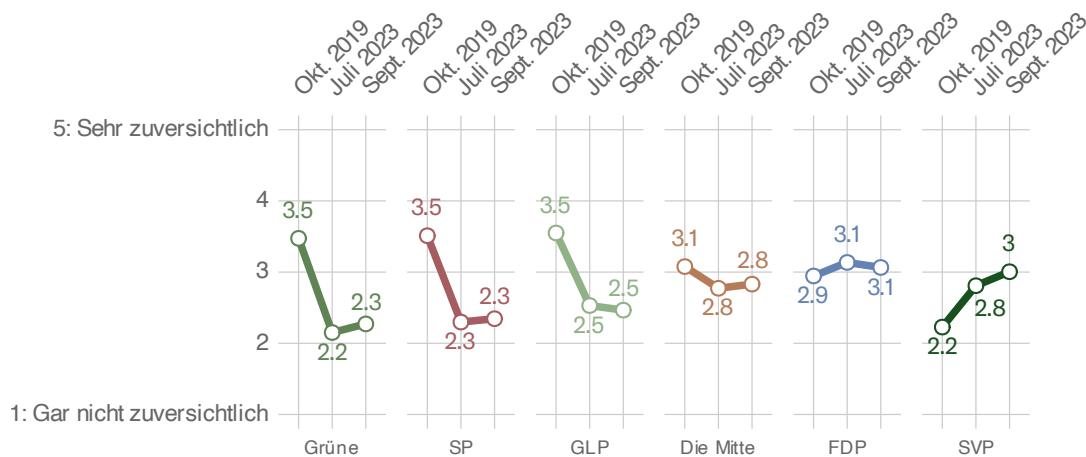
«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute? (Von 1: Gar nicht zuversichtlich, bis 5: Sehr zuversichtlich)»



Im Vergleich zur letzten Befragung hat die Zuversicht insbesondere bei der SVP-Basis zugenommen. Leicht abgenommen hat sie bei der GLP und bei der FDP. Interessant ist aber vor allem der Kontrast zum letzten Wahlbarometer vor den Wahlen 2019. Bereits damals wurde die Frage nach der Zuversicht bzgl. Wahlausgang gestellt und die Ergebnisse waren wie umgedreht. 2019 herrschte grosse Zuversicht bei den Grünen, der SP sowie der GLP, während insbesondere die SVP-Basis pessimistisch war. Auffällig ist, dass die Zuversicht auf der rechten Seite weniger stark gestiegen ist, als sie auf der linken Seite zurückgegangen ist.

### Zuversicht bezüglich Wahlausgang im Zeitverlauf (Abb. 10)

«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute? (Von 1: Gar nicht zuversichtlich, bis 5: Sehr zuversichtlich)»



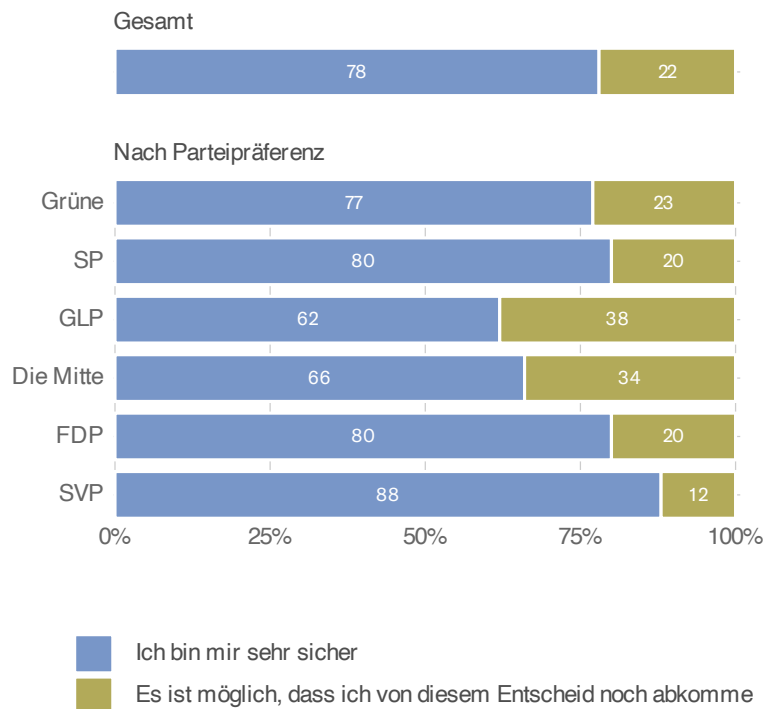
## 2.3. WAHLENTSCHEID UND WAHLTEILNAHME

Gut zwei Monate vor der Wahl hat eine deutliche Mehrheit der Wählerschaft ihre Entscheidung getroffen, wie aus Abbildung 11 hervorgeht. Am deutlichsten gilt dies für die Wählerschaft der SVP. Knapp jede neunte Person, die beabsichtigt, SVP zu wählen, ist sich dessen auch sicher. Vier von fünf Wählenden der FDP sowie der SP geben ebenfalls an, bereits eine definitive Wahlentscheidung getroffen zu haben, bei den Grünen sind es

gut drei Viertel. Am wenigsten überzeugt von der bisherigen Wahlentscheidung zeigen sich die Wählerschaften der Mitte und der GLP. Bei beiden Parteien liegt der Anteil derjenigen, die ihre Entscheidung allenfalls noch zu ändern gedenken, bei über einem Drittel.

#### Sicherheit des Wahlentscheids und der Wahlteilnahme (Abb. 11)

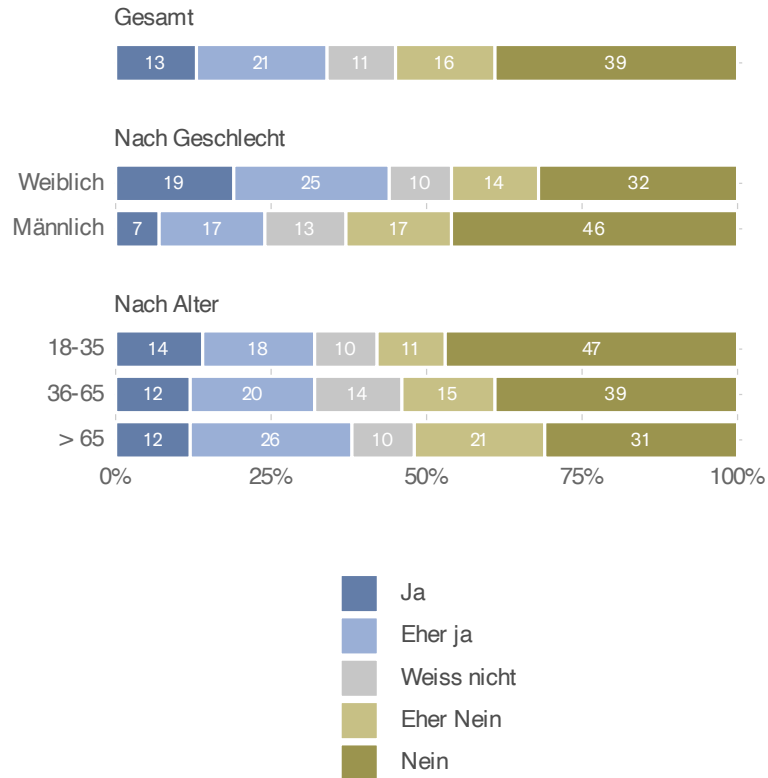
«Wie sicher sind Sie bei Ihrem Entscheid für Ihre Partei?»



Im Nachgang zur Frauenwahl von 2019 haben diverse Analysen gezeigt, dass manche Parteiwählerschaften ganz bewusst vorwiegend weibliche Kandidaturen unterstützt haben. Für die anstehenden Wahlen zeichnet sich ab, dass ein Drittel der Wählerschaft ebenfalls im Sinn hat, darauf zu achten, vermehrt Frauen zu wählen. Mehr als die Hälfte der Wählerschaft hat dies aber nicht vor (vgl. Abb 12).

### Vermehrte Wahl von Frauen (Abb. 12)

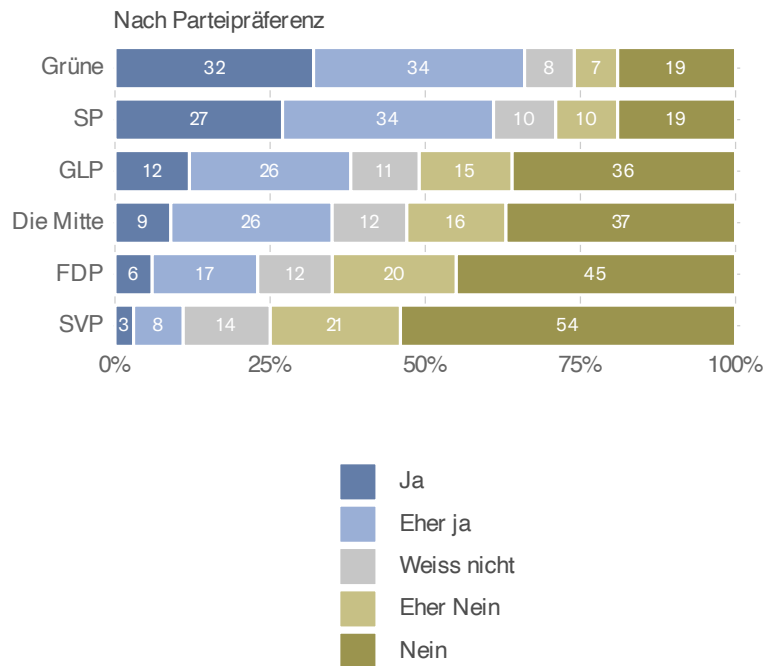
«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Frauen wählen?»



Es zeigt sich allerdings, dass rund 45 Prozent der Wählerinnen durchaus gewillt sind, Frauen vermehrt zu wählen. Bei den Männern will lediglich ein Viertel Kandidatinnen vermehrt unterstützen. Zwischen den Altersgruppen zeigen sich keine auffälligen Unterschiede, aber Personen über 65 geben etwas häufiger an, vermehrt auf Kandidatinnen setzen zu wollen. Auffallend ist bei dieser Frage vor allem, dass nur rund jede zehnte Person nicht weiss, ob sie Frauen gezielt unterstützen will oder nicht. Es scheint, dass sich die Wählerschaft zu dieser Frage ziemlich klar positioniert.

### Vermehrte Wahl von Frauen (Abb. 13)

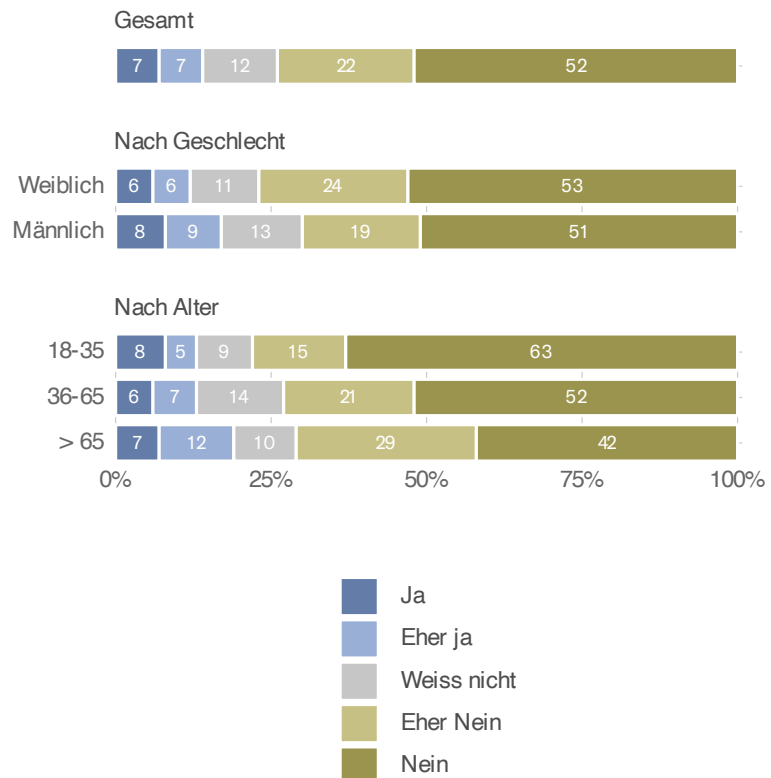
«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Frauen wählen?»



Betrachtet man die verschiedenen Parteiwählerschaften, so zeigen sich hingegen deutliche Unterschiede. Wenig erstaunlich wollen vor allem die Parteiwählerschaften der links positionierten Parteien, die sich zum einen aus mehr Wählerinnen als Wählern zusammensetzen und die zum anderen Repräsentation und Gleichstellung als wichtige Anliegen nennen, vorwiegend Kandidatinnen wählen. Zwei Drittel der Wählerschaft der Grünen und gut sechzig Prozent der SP-Wählenden bejahen die entsprechende Frage. Im politischen Zentrum ist gut ein Drittel der Wählerschaft gewillt, vermehrt auf Frauen zu setzen, rund die Hälfte der Wählerschaft der GLP und der Mitte haben dies aber nicht vor. Auf der rechten Seite ist eine deutliche Mehrheit der Wählerschaft nicht gewillt, vermehrt darauf zu achten, Kandidatinnen zu wählen, vor allem innerhalb der SVP stösst diese Forderung auf praktisch keine Unterstützung.

Vermehrte Wahl von Männern (Abb. 14)

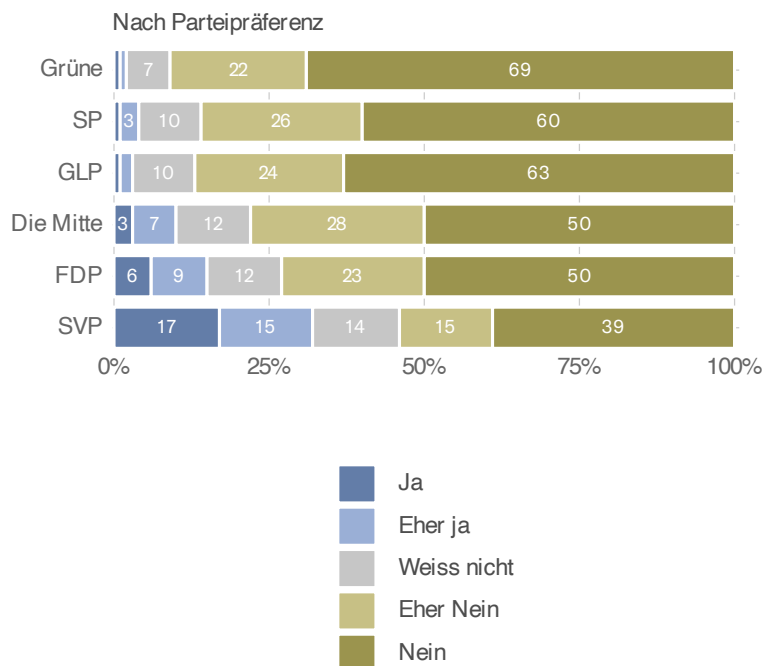
«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?»



Die Frage, ob die Wählerschaft bewusst vermehrt auf Kandidaten setzt, zeigt, dass nur eine kleine Minderheit der Wählerschaft vor hat, darauf zu achten, vermehrt Männer zu wählen (vgl. Abb 14). Nur jede zehnte Wählerin und knapp jeder fünfte Wähler achtet darauf mehr Kandidaten zu wählen. Zwischen den Altersgruppen gibt es auch in dieser Hinsicht nur kleine Unterschiede.

Vermehrte Wahl von Männern (Abb. 15)

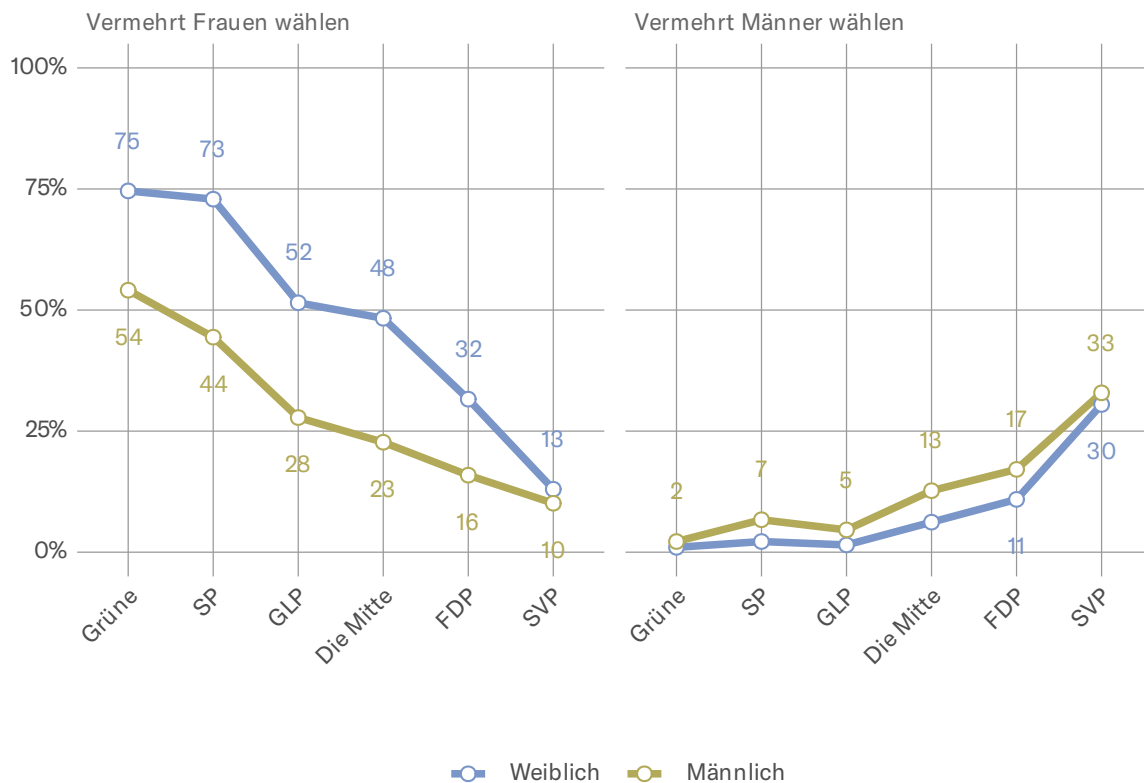
«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?»



Mit Blick auf die Parteiwählerschaften zeigen sich erneut die erwarteten Unterschiede. Auf der linken Seite sowie bei der GLP-Wählerschaft will praktisch niemand vermehrt Männer wählen. Von den Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien Mitte und FDP geben zehn resp. 15 Prozent an, darauf zu achten, vermehrt Kandidaten zu wählen. Von der Wählerschaft der SVP hingegen will etwa ein Drittel vermehrt Männer wählen, gut die Hälfte hat aber keine solche Absichten.

### Vermehrte Wahl von Frauen und Männern – nach Geschlecht und Parteiorientierung (Abb. 16)

«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Frauen wählen?», «Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?»; Antworten «Ja» und «Eher ja»



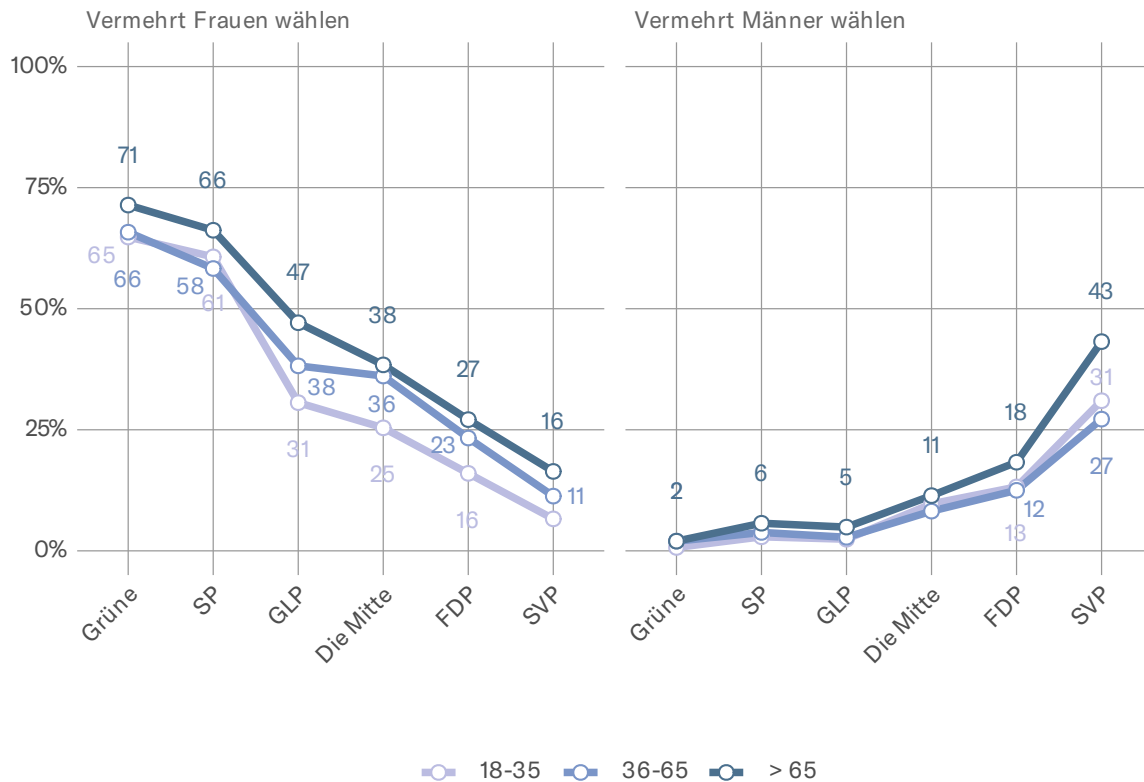
Bei dieser Frage gibt es einen starken Geschlechterunterschied, wie aus Abbildung 16 hervorgeht. So geben mit Ausnahme der SVP-Wählerschaft bei allen Parteiwählerschaften die Frauen deutlich häufiger an, vermehrt Kandidatinnen wählen zu wollen als Männer. Bei der SP und den Grünen wollen drei Viertel der Wählerinnen vermehrt Frauen unterstützen, etwa die Hälfte der Wähler dieser Parteien hat ebenfalls vor, Kandidatinnen gezielt zu unterstützen. Bei der GLP oder Mitte setzt die Hälfte der Wählerinnen, aber nur ungefähr jeder vierte Wähler vermehrt auf Frauen.

Bei der Frage, ob man beabsichtigt, vermehrt Männer zu wählen, zeigen sich hingegen praktisch keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Ungefähr jede dritte Person, die die SVP wählen will, setzt vermehrt auf Kandidaten – dabei gibt es

aber so gut wie kein Unterschied zwischen Wählerinnen oder Wählern.

### Vermehrte Wahl von Frauen und Männern – nach Alter und Parteiorientierung (Abb. 17)

«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?», «Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?»; Antworten «Ja» und «Eher ja»

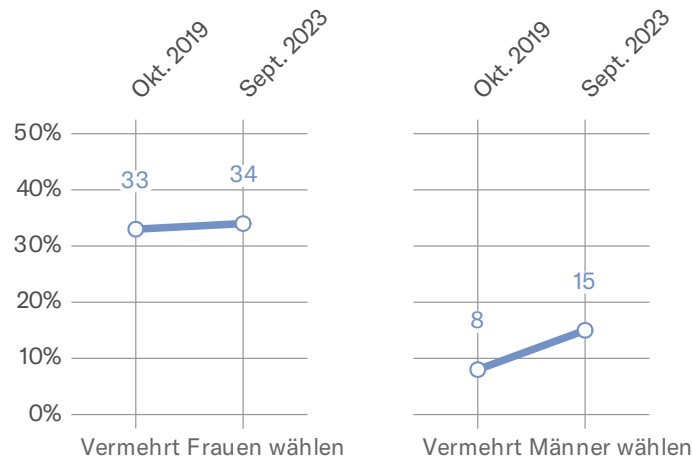


Wie die Darstellung links in Abbildung 17 zeigt, gibt es auch zwischen den Altersgruppen pro Parteiwählerschaft einige Unterschiede in Bezug auf die Absicht, vermehrt auf Kandidatinnen setzen zu wollen. Es zeigt sich, dass die älteren Wählenden aller Parteien verhältnismässig eher gewillt sind, Frauen zu wählen, als die jüngeren Altersgruppen. Am deutlichsten sind diese Unterschiede im politischen Zentrum festzustellen. Sowohl ältere GLP-Wählende wie auch ältere Wählende der Mitte wollen eher vermehrt Frauen wählen als die Jüngeren dieser Parteien. Auf der rechten Seite in der Darstellung ist zu sehen, dass es ausser bei der SVP-Wählerschaft praktisch keine Unterschiede zwischen den Altersgruppen pro Parteiwählerschaft gibt in Bezug auf die Absicht, vermehrt auf Männer zu setzen, geringfügig haben etwas mehr ältere FDP-Wählende diese Absicht. Bei

der SVP-Wählerschaft hingegen zeigt sich ein deutlicher Unterschied, vorwiegend die Wählenden im Pensionsalter setzen vermehrt auf Männer.

#### Vermehrte Wahl von Frauen und Männern – Zeitvergleich (Abb. 18)

«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Frauen wählen?», «Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?»; Antworten «Ja» und «Eher ja»



Im Vergleich mit der Wahl von vor vier Jahren, als weniger als jede zehnte Person die Absicht hatte, vermehrt auf Kandidaten zu setzen, liegt dieser Anteil nun bei 15 Prozent, wie aus Abbildung 18 hervorgeht. Der Anteil der Wählenden, die vermehrt Frauen unterstützen wollen, hat sich hingegen nicht verändert und liegt bei einem Drittel.

# Themen, Herausforderungen und Ärgernisse

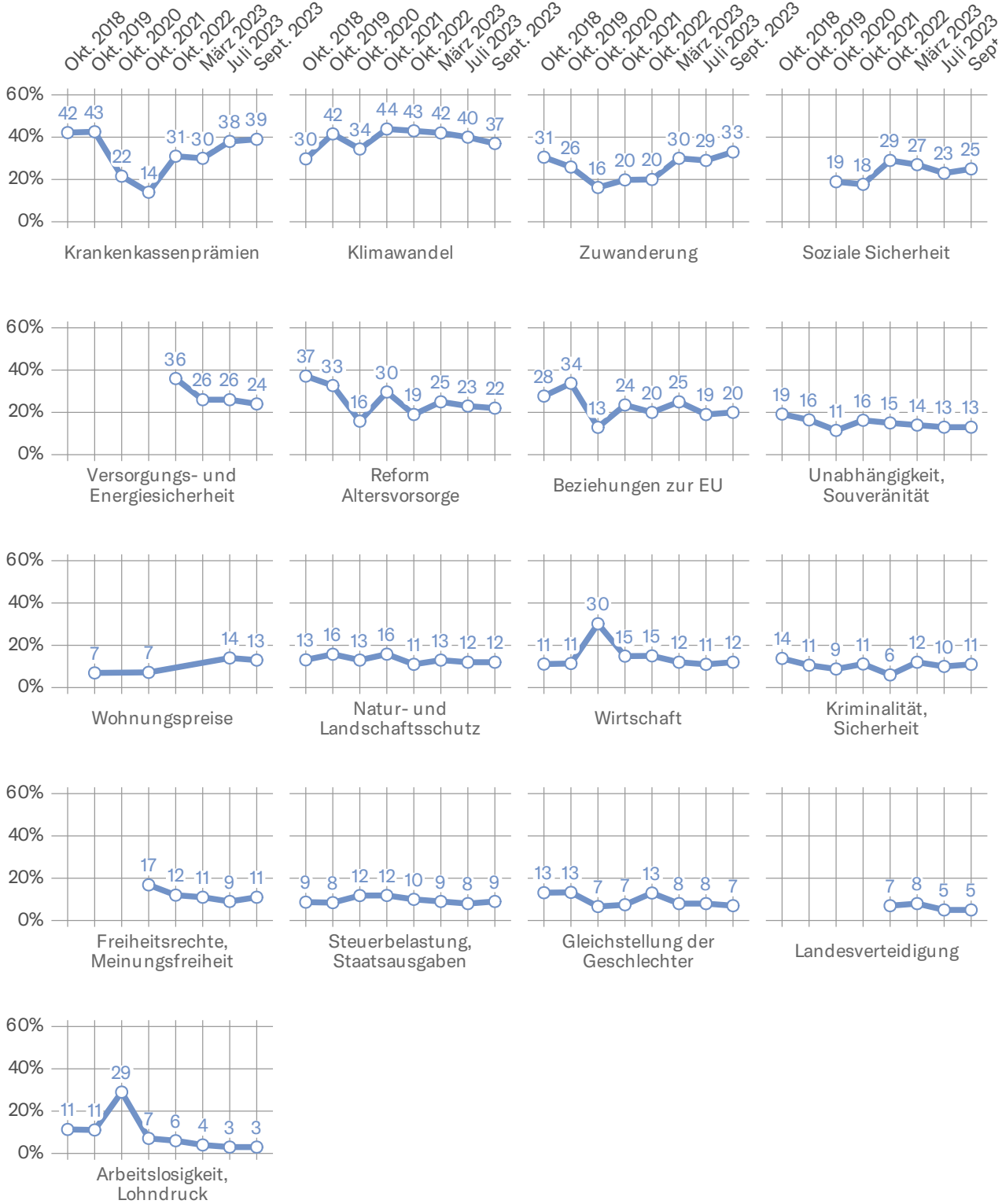
Für den Wahlentscheid stehen in der Schweiz neben der traditionellen Parteibindung vor allem Sachthemen im Vordergrund. Das Wahlbarometer misst die Themenkonjunktur mit den von den Wählenden wahrgenommenen wichtigsten politischen Herausforderungen. Neben den Herausforderungen wird auch nach den grössten Ärgernissen gefragt. Berücksichtigt wird damit neben der Sachebene auch die emotionalen Treiber der Stimmbevölkerung.

## 3.1. KLIMAWANDEL NICHT MEHR AN ERSTER STELLE

39 Prozent der Befragten zählen die hohen Krankenkassenprämien zu den Top-3 Herausforderungen der Schweiz. Damit stehen die Prämien zum ersten Mal in dieser Legislatur an erster Stelle der wichtigsten politischen Herausforderungen für die Wählenden.

Wichtigste politische Herausforderungen – Zeitverlauf (Abb. 19)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»



Demgegenüber steht der Klimawandel nur noch an zweiter Stelle mit einem Anteil von 37 Prozent aller Nennungen. Damit setzt sich die langsame und stetige Erosion der Bedeutung des Klimathemas fort. Innerhalb von zwei Jahren ist der Anteil, der den Klimawandel zu den drei grössten Herausforderungen zählt, von 44 auf 37 Prozent zurückgegangen. Eine gegenläufige Entwicklung zeigt sich bei der Zuwanderung. Während vor zwei Jahren bloss 20 Prozent die Zuwanderung zu den wichtigsten Herausforderungen zählten, sind es mittlerweile 33 Prozent.

Der Klimawandel ist zwar nicht mehr an erster Stelle der wichtigsten Herausforderungen. Geht es jedoch um den unmittelbaren Wahlentscheid, ist er immer noch zentral.

### Wichtigste politische Herausforderungen (Abb. 20)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»

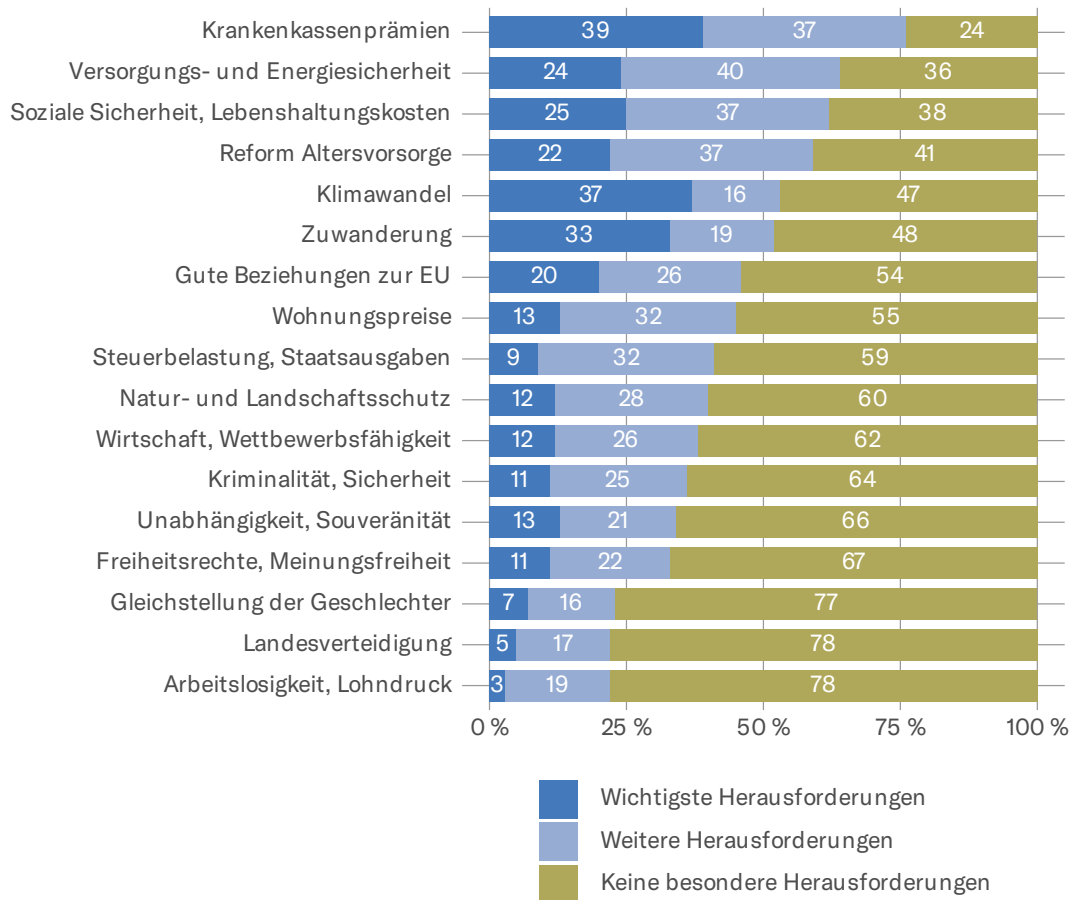


25 Prozent der Wählenden geben an, sich wegen dieser Thematik für eine bestimmte Partei entschieden zu haben. Bei den Krankenkassenprämien liegt der Anteil bei 21 Prozent. Dies zeigt, dass die Prämien zwar für die Wählenden sehr wichtig sind, sich dennoch oft nicht unmittelbar auf den Wahlentscheid auswirken. Dies wohl auch deshalb, weil hier Lösungsansätze weniger klar mit einer Partei oder einer politischen Richtung verbunden werden.

Bei den Analysen des Wahlbarometers stehen jene politischen Herausforderungen im Zentrum, die von den Wählenden als besonders zentral angesehen werden. Die Auswahl wurde deshalb auf drei eingeschränkt.

**Wichtigste und weitere politische Herausforderungen (Abb. 21)**

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten); «Welche weiteren politischen Herausforderungen erachten Sie in der Schweiz momentan als besonders wichtig? (Maximal 7 Antworten)»



Diese Top-Themen sind von besonderer Brisanz und entsprechend wichtig für den Wahlentscheid. Es sind jedoch nicht die einzigen Themen, welche die Wählenden als Herausforderungen ansehen. Um dies abbilden zu können, haben die Befragten die Möglichkeit erhalten, maximal sieben weitere Herausforderungen zu nennen, die sie ebenfalls als wichtige Herausforderungen erachten.

Abbildung 21 zeigt neben den wichtigsten Herausforderungen auch die weiteren Herausforderungen. Werden die weiteren Herausforderungen mitgezählt, stehen die Krankenkassenprämien ganz klar an erster Stelle. Nicht einmal ein Viertel der Befragten sieht darin keine besondere Herausforderung für die Schweizer Politik. An zweiter Stelle folgt die Versorgungs- und Energiesicherheit. Der Klimawandel folgt dagegen erst an fünfter und die Zuwanderung sogar erst an sechster Stelle. Dies zeigt, dass der Klimawandel und die Zuwanderung politisch besonders kontroverse Themen sind. Sie werden von bedeutenden Minderheiten als sehr zentral angesehen, gleichzeitig sehen fast die Hälfte der Befragten darin keine besonderen Herausforderungen für die Schweiz. Das Gegenstück dazu bilden die Versorgungssicherheit sowie die soziale Sicherheit. Nur eine Minderheit sieht darin keine besondere Herausforderung. Noch weniger zählen diese Themen jedoch zu den wichtigsten Herausforderungen.

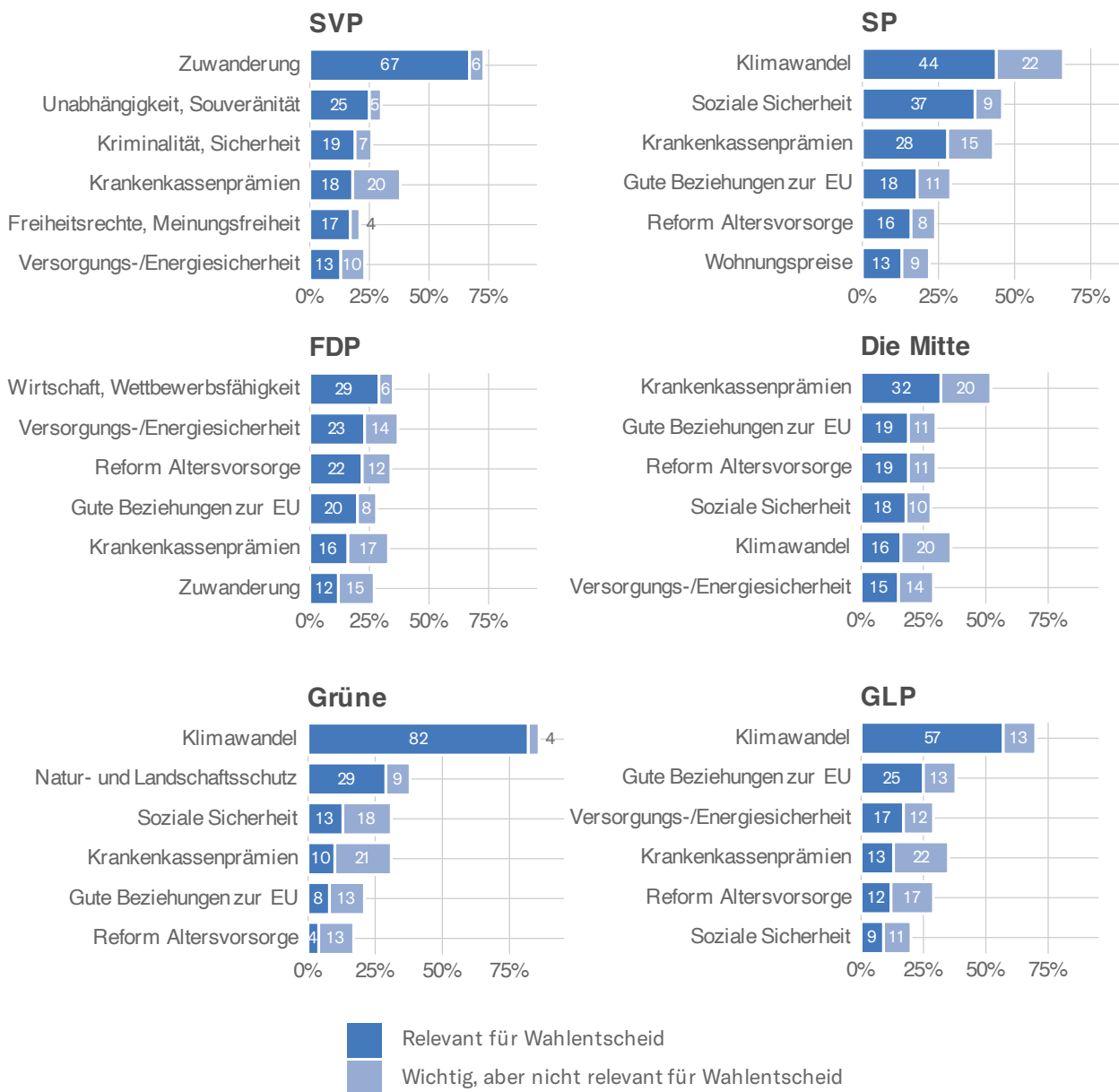
### 3.2. HERAUSFORDERUNGEN NACH PARTEIEN

Abbildung 22 zeigt, welche Themen und Herausforderungen für die Wählenden der sechs grossen Parteien besonders wichtig sind. Der dunklere Teil des Balkens gibt an, welche Themen nicht nur wichtig sind, sondern für den Entscheid zugunsten der jeweiligen Partei ausschlaggebend sind. Die Grünen, die Grünliberalen sowie die SVP besitzen ein sehr klares Leitthema. Der Klimawandel ist für 82 Prozent der Wählenden der Grünen und für 57 Prozent der GLP-Wählenden wichtig für ihren Wahlentscheid. Für 67 Prozent der Wählenden der SVP ist dies die Migrationsthematik. Auch bei der Basis der Sozialdemokraten

steht der Klimawandel an erster Stelle, danach kommen zwei Themen, bei denen es um den Wohlfahrtsstaat geht.

**Wahlrelevante Herausforderungen nach Partei (Abb. 22)**

«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihren Wahlentscheid?»

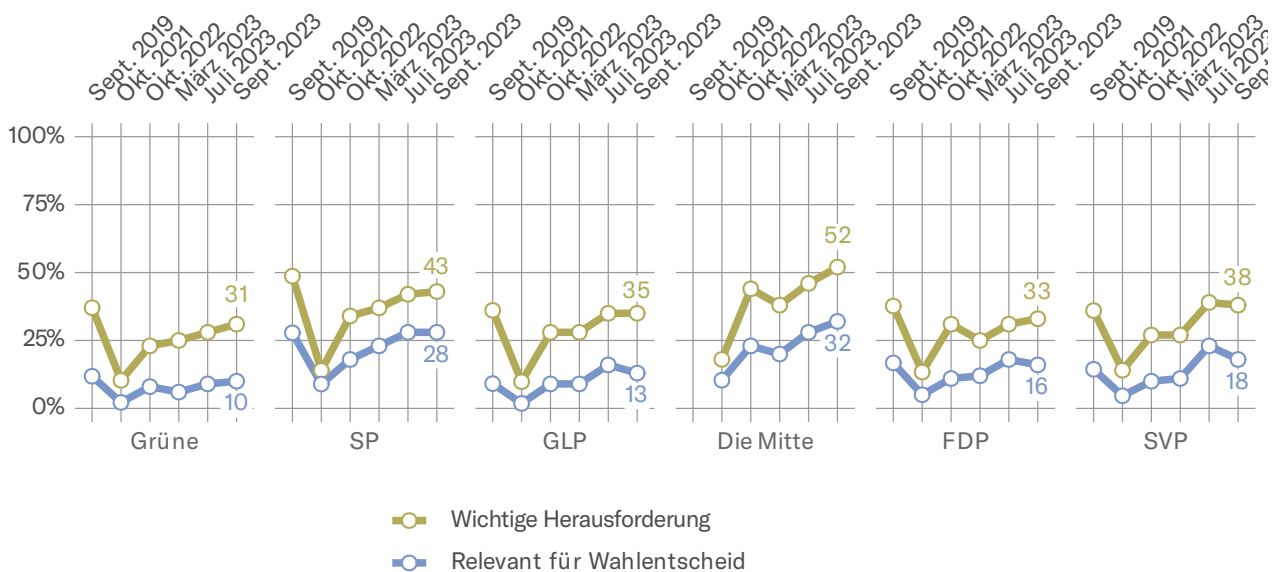


Zumindest ansatzweise ein Leitthema hat die Mitte mit den Krankenkassenprämien, die von 32 Prozent ihrer Wählerschaft als entscheidend für die Wahl beschrieben werden. Die Wirtschaft wird von 29 Prozent der FDP-Wählenden als Faktor für den Wahlentscheid genannt.

Die drei wichtigsten politischen Herausforderungen aus Sicht der Wählenden werden im Folgenden im Zeitverlauf dargestellt. Das sind die Krankenkassenprämien, der Klimawandel sowie die Zuwanderung. Dargestellt ist der Anteil der Wählenden der sechs grössten Parteien, welcher die jeweilige Herausforderung als besonders wichtig erachtet, sowie der Anteil, für den die Herausforderung auch für den Wahlentscheid ausschlaggebend ist.

### Krankenkassenprämien als wahlrelevante Herausforderung nach Partei – Zeitverlauf (Abb. 23)

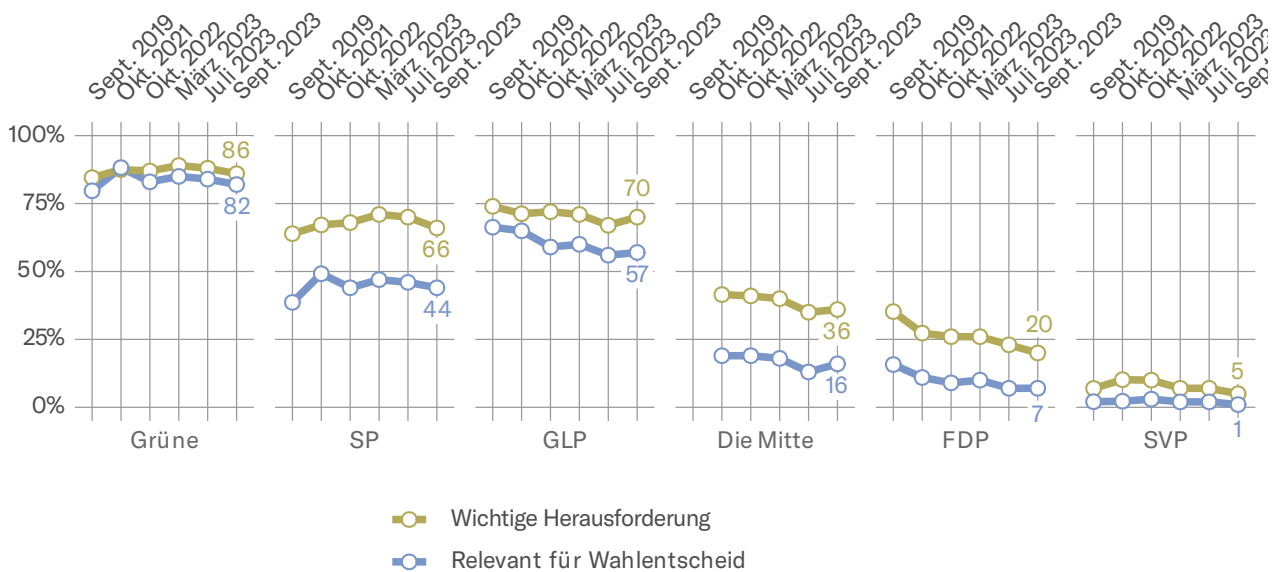
«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihren Wahlentscheid?»



Die hohen Krankenkassenprämien haben bei den Wählenden aller Parteien im Verlauf dieses Jahres an Bedeutung gewonnen, besonders stark jedoch bei jenen der Mitte. Auch wenn die Prämien vermehrt zu den wichtigsten Herausforderungen gezählt werden, hat ihre Bedeutung für den Wahlentscheid zuletzt bei den Wählenden der GLP, der FDP und der SVP abgenommen.

Klimawandel als wahlrelevante Herausforderung nach Partei – Zeitverlauf (Abb. 24)

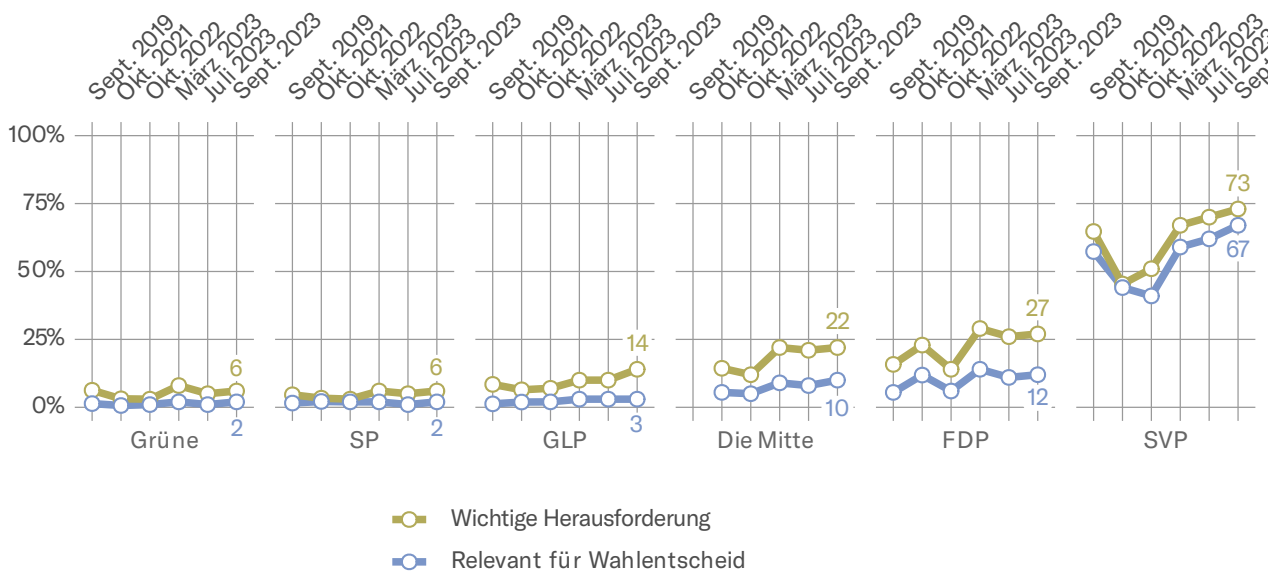
«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihren Wahlentscheid?»



Wie Abbildung 24 zeigt, hat die Klimathematik seit 2019 vor allem bei der Wählerschaft der FDP kontinuierlich an Bedeutung verloren. Für den Wahlentscheid von hoher Relevanz geblieben ist der Klimawandel für die Wählerschaft der Grünen, der GLP und der SP. Im Vergleich zu den letzten Wahlen 2019 hat die Bedeutung des Klimawandels für die Wählerschaft der SP zugenommen. Insgesamt zeigt die Grafik, dass sich die Einschätzung des Klimawandels stark je nach Verortung im politischen Spektrum unterscheidet. Es sind insbesondere Personen links der Mitte, die dieser Herausforderung eine überdurchschnittliche Bedeutung zumessen.

### Migration als wahlrelevante Herausforderung nach Partei – Zeitverlauf (Abb. 25)

«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihren Wahlentscheid?»



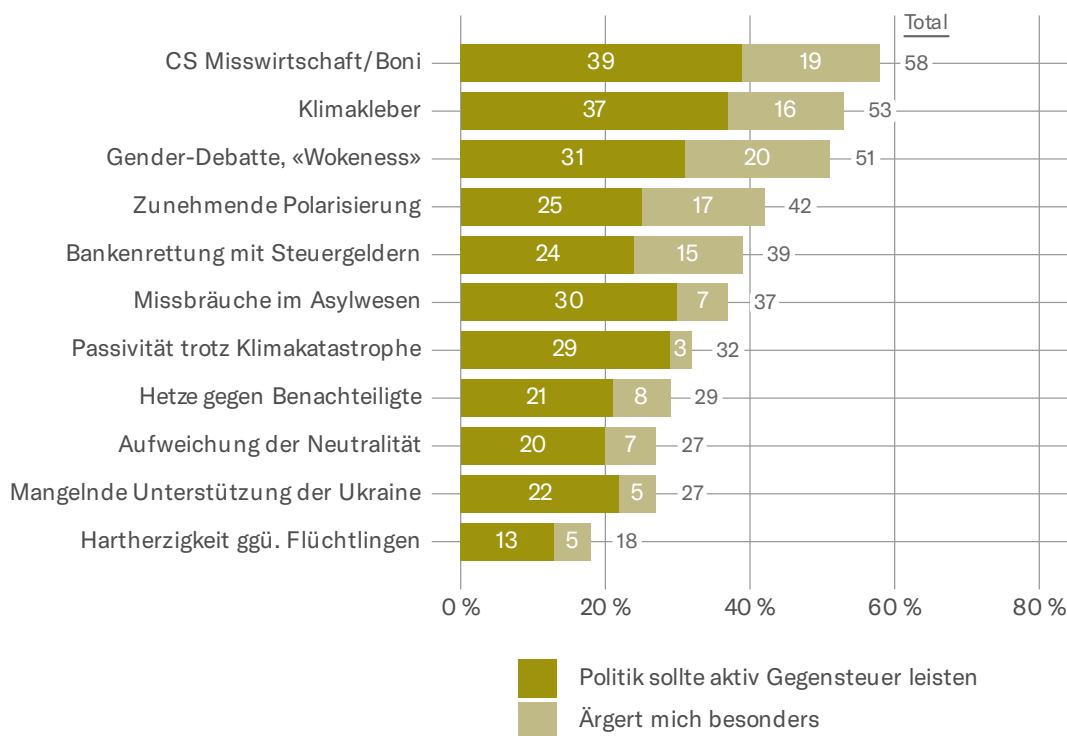
Noch stärker ideologisch gefärbt ist die Einschätzung der Zuwanderung. Diese ist fast nur für die Wählenden der SVP ein Faktor für den Wahlentscheid. Bei den Wählenden der SVP hat die Bedeutung seit vergangem Jahr nochmals deutlich zugenommen. Zwar hat die Zuwanderung auch bei den Wählenden von FDP, Mitte und GLP im Vergleich zu den Wahlen 2019 als wichtige Herausforderung an Bedeutung gewonnen. Als Faktor für den Wahlentscheid ist die Migration jedoch bei diesen drei Parteien nur von geringfügiger Bedeutung.

### 3.3. DIE GRÖSSTEN ÄRGERNISSE

Um neben der Sachebene auch die emotionale Ebene der Politik zu erfassen, wurden in diesem Wahlbarometer erneut die grössten Ärgernisse der Wählenden mit folgender Frage abgefragt: «Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?». Um festzustellen, ob der Ärger auch eine politische Dimension hat, wurden die Teilnehmenden gefragt, ob die Politik in dieser Frage aktiv Gegensteuer leisten soll.

### Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse (Abb. 26)

«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?», «Wo finden Sie soll die Politik aktiv Gegensteuer leisten?»; Für die Darstellungen wurden Abkürzungen verwendet. Originalbezeichnungen lauten wie folgt: «Strassenblockaden durch die Bewegung der 'letzten Generation' ('Klimakleber')»; «Passivität der Schweiz in Anbetracht einer möglichen Klimakatastrophe»; «Misswirtschaft und Boni-Exzesse bei der CS»; «Bankenrettung durch den Staat und mit Steuergeldern»; «Missbräuche im Asylwesen»; «Hartherzigkeit der Schweiz gegenüber Flüchtlingen»; «Abseitsstehen der Schweiz bei der Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriff»; «Aufweichung der schweizerischen Neutralität»; «Gender-Debatte und 'Wokeness'»; «Hetze gegen Minderheiten und Benachteiligte»; «Zunehmende Polarisierung durch Debatten auf den sozialen Medien»



Weiterhin für den meisten Ärger sorgen «Misswirtschaft und Boni-Exzesse bei der CS». 58 Prozent der Stimmberechtigten ärgern sich darüber. Deutlich weniger Befragte sind der Ansicht, dass die Politik deswegen Gegensteuer leisten soll (39 %). An zweiter Stelle stehen «Strassenblockaden durch die Bewegung der «letzten Generation» (Klimakleber)». Mehr als die Hälfte (53%) der Befragten ärgern sich darüber – 37 Prozent finden, dass die Politik etwas dagegen tun soll. Ein Thema, das deutlich mehr Emotionen als politischen Handlungsbedarf enthält, ist «Gender-Debatte und 'Wokeness'». Darüber ärgern sich 51 Prozent, deutlich weniger, nämlich 31 Prozent, sind der Ansicht, dass die Politik etwas dagegen tun soll. Am stärksten zugenommen im Vergleich zur letzten Umfrage hat der Ärger über Missbräuche im Asylwesen, nämlich von 34 auf 37 Pro-

zent. Hier ist der Anteil, der politische Massnahmen dagegen erwartet, besonders hoch. Ähnliches gilt für die «Passivität der Schweiz in Anbetracht einer möglichen Klimakatastrophe».

### Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse (Abb. 27)

«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»; «Wo finden Sie soll die Politik aktiv Gegensteuer leisten?»

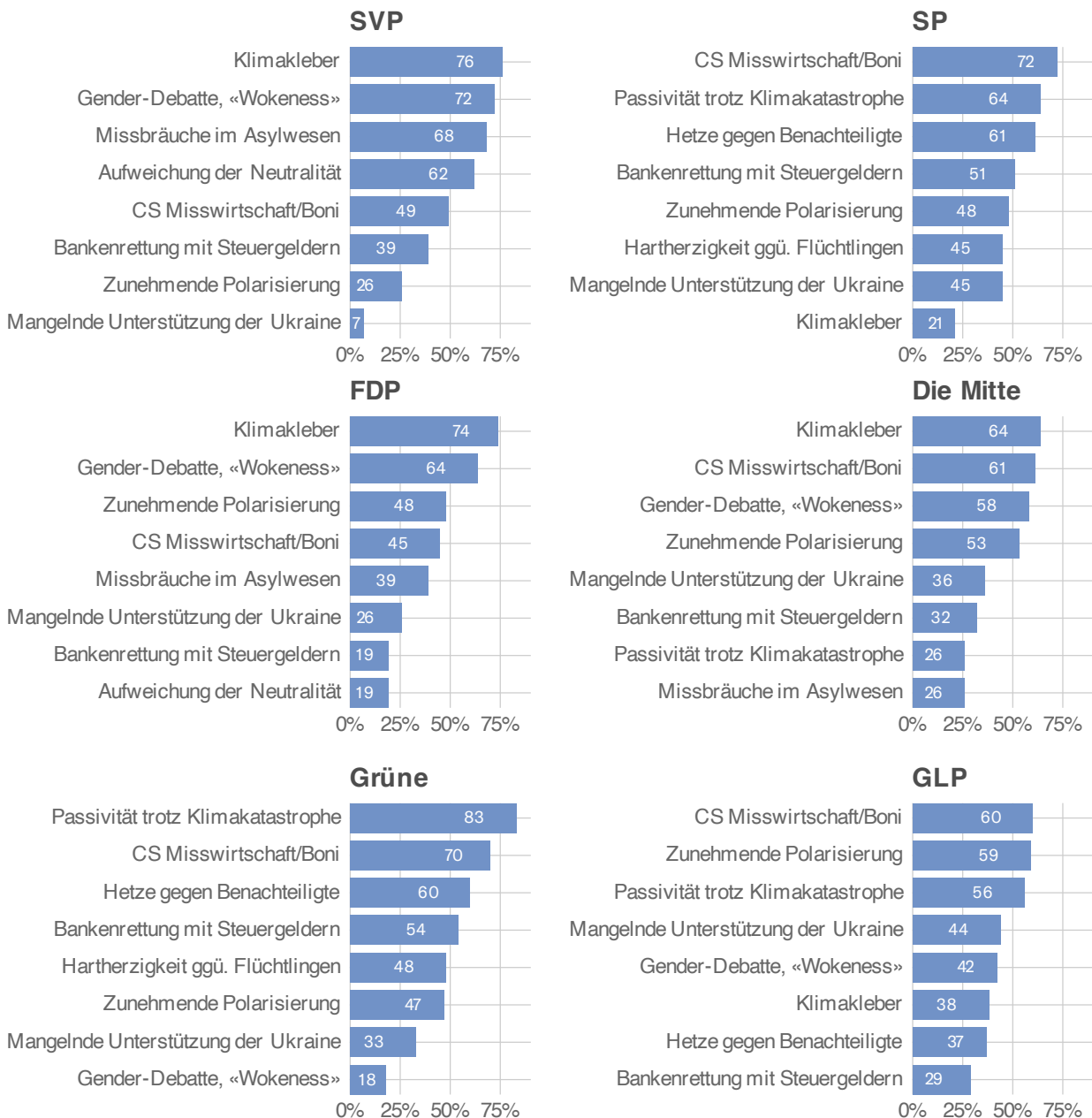


Abbildung 27 zeigt die Ärgerprofile der Wählerschaften der sechs grössten Parteien. Im Vergleich zur ersten Erhebung hat

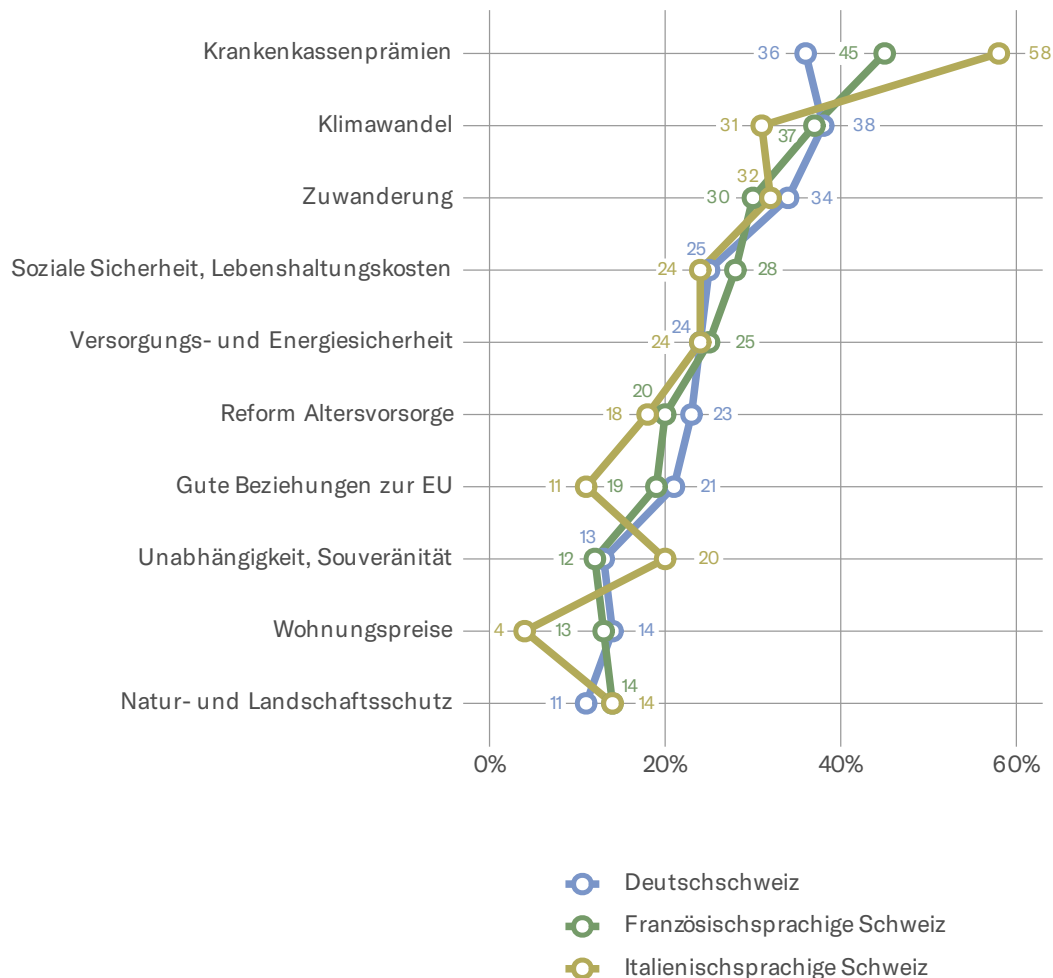
sich das Ärgerprofil der Wählenden der Mitte jenem der FDP angepasst, während jenes der GLP zwischen dem bürgerlichen und dem rotgrünen Profil liegt.

### 3.4. THEMEN NACH BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Die grössten Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Sprachregionen bestehen beim Thema Krankenkassenprämien.

#### Wichtigste politische Herausforderungen nach Sprachregionen (Abb. 28)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»

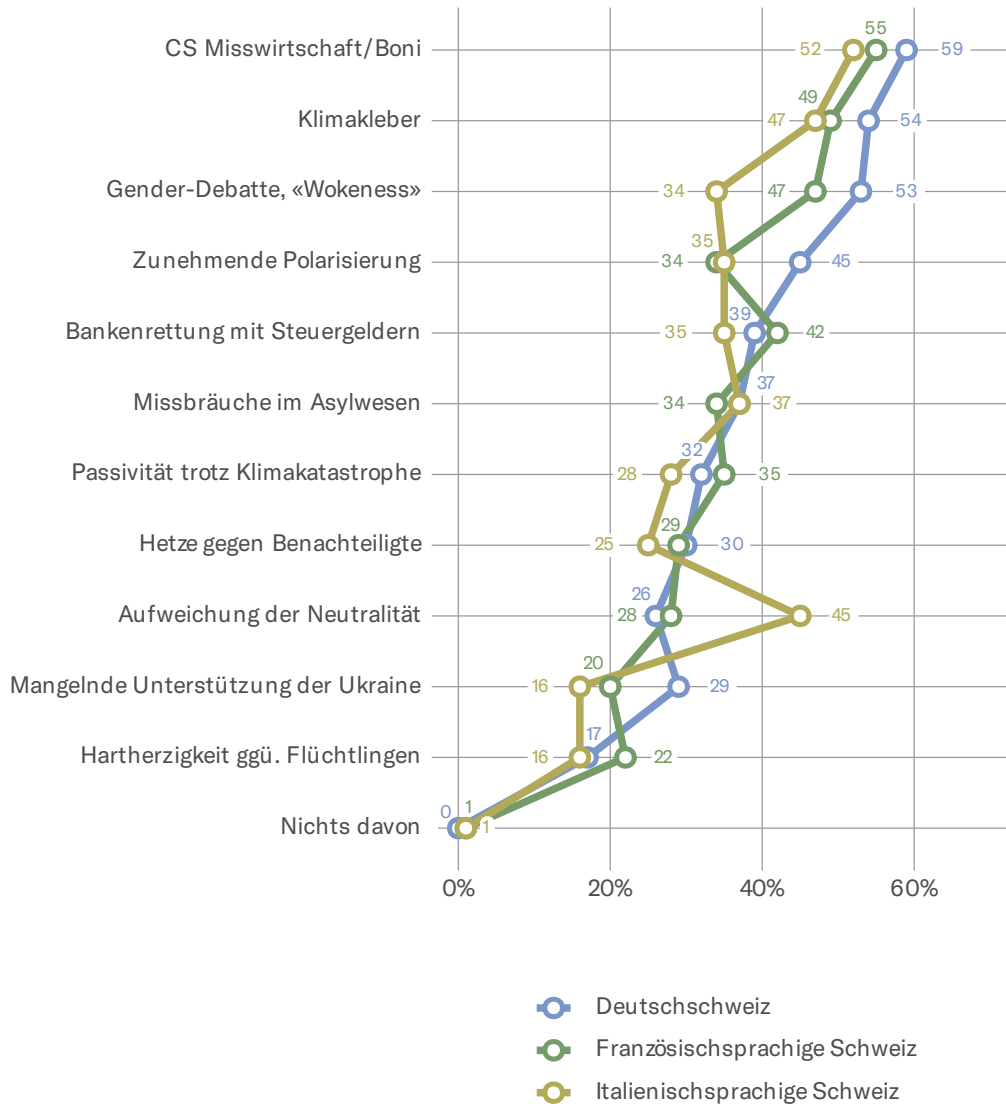


58 Prozent der Befragten aus der italienischsprachigen Schweiz bezeichnen diese als eine der wichtigsten politischen Herausfor-

derungen der Schweiz. In der französischsprachigen Schweiz sind es 45 Prozent, in der Deutschschweiz 36 Prozent.

### Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Sprachregionen (Abb. 29)

«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



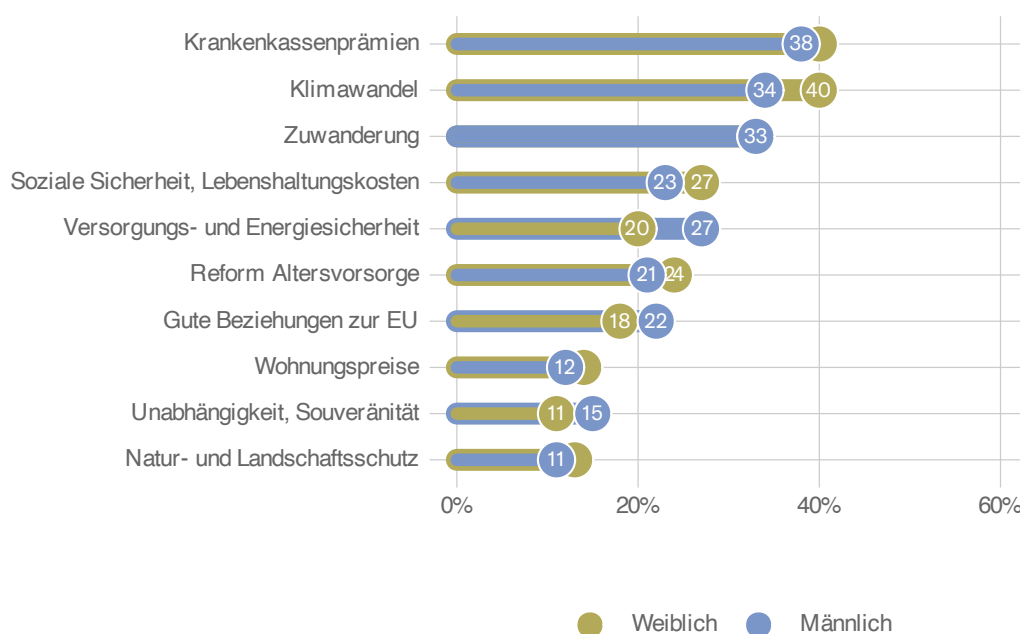
In der italienischsprachigen Schweiz wird der Klimawandel als weniger dringliche Herausforderung angesehen als in der übrigen Schweiz. Demgegenüber erhält hier die Thematik von Unabhängigkeit und Souveränität mehr Gewicht. Entsprechend ärgern sich im italienischsprachigen Landesteil weit mehr Befragte als in der übrigen Schweiz über die «Aufweichung der Neutralität» im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Die Debatten

zu Gender und Wokeness sind in der Deutschschweiz besonders hitzig. Diese Themen ärgern hier am meisten. In der Deutschschweiz ist zugleich der Ärger über die zunehmende Polarisierung am grössten.

Zwischen Frau und Mann bestehen die grössten Unterschiede in der Einschätzung im Bereich Energie und Umwelt. Frauen erachten den Klimawandel besonders oft als wichtige Herausforderung, während Männer eher als Frauen die Versorgungs- und Energiesicherheit als wichtige Herausforderung einschätzen.

### Wichtigste politische Herausforderungen nach Geschlecht (Abb. 30)

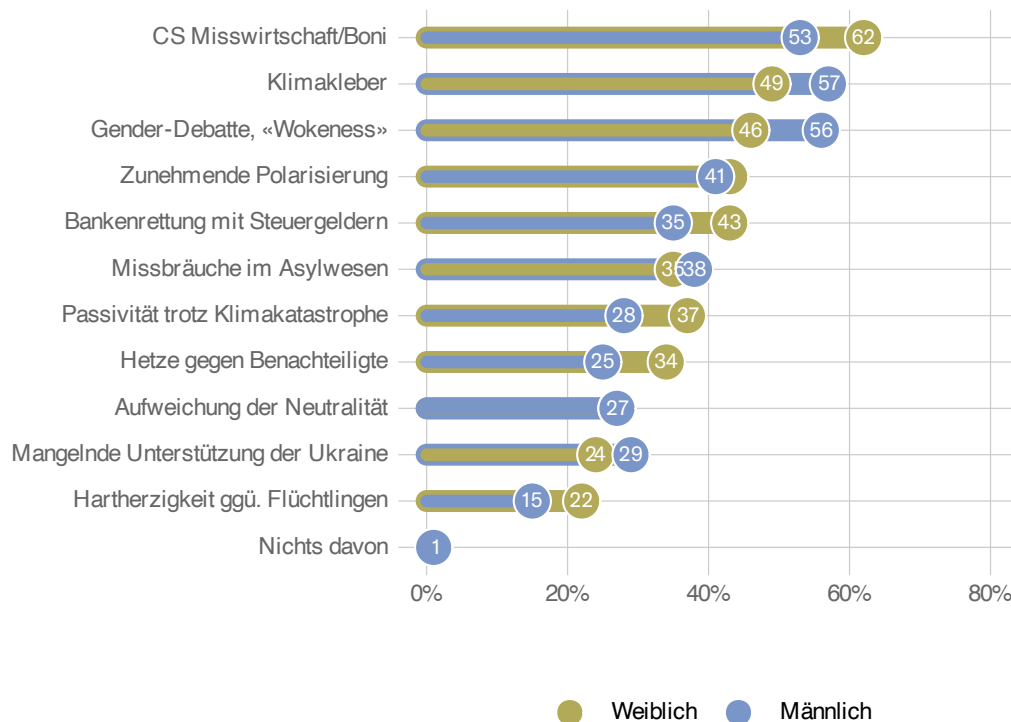
«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Nach Geschlecht



Nicht erstaunlich ist, dass die Gender-Thematik bei Frauen und Männern nicht im gleichen Ausmass Emotionen weckt. 56 Prozent der Männer ärgern sich darüber und 46 Prozent der Frauen. Die Differenz zwischen den Geschlechtern war bei der letzten Befragung jedoch grösser.

### Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Geschlecht (Abb. 31)

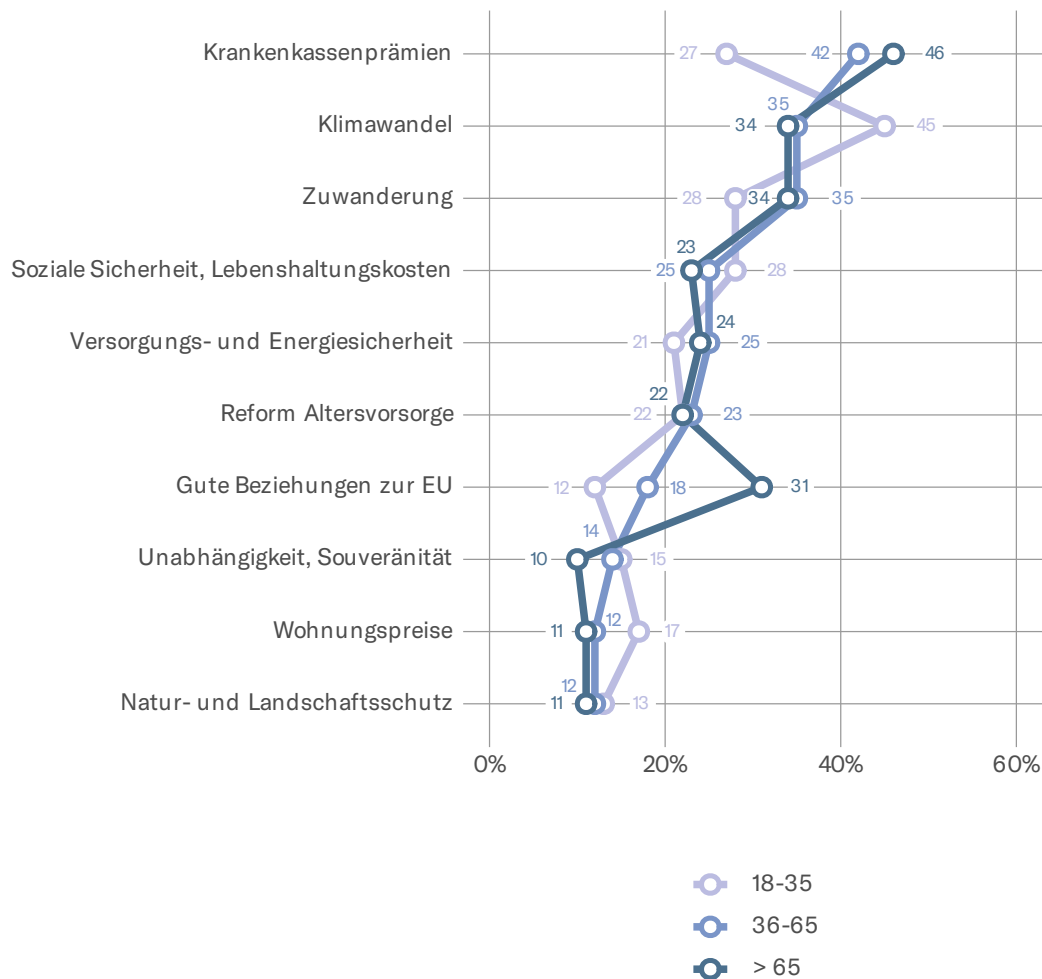
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



Junge Erwachsene werden aufgrund ihres Alters die Auswirkungen des Klimawandels besonders deutlich zu spüren bekommen. Das wirkt sich auf ihre Problemwahrnehmung aus. 45 Prozent der 18- bis 35-Jährigen zählen den Klimawandel zu den grössten Herausforderungen der Schweiz. Zumindest in der Problemwahrnehmung wirkt die Klimajugend nach. Unter den über 65-Jährigen teilen nämlich nur noch 34 Prozent die Einschätzung, dass der Klimawandel zu den grössten Herausforderungen gehört. Die Krankenkassenprämien werden von dieser Altersgruppe als prioritär eingeschätzt. Bei den Jüngeren steht dieses Thema weniger im Vordergrund, ebenso wie die Beziehungen zur EU. Es sind vor allem die Älteren, die sich heute um die guten Beziehungen mit der EU sorgen.

### Wichtigste politische Herausforderungen nach Alter (Abb. 32)

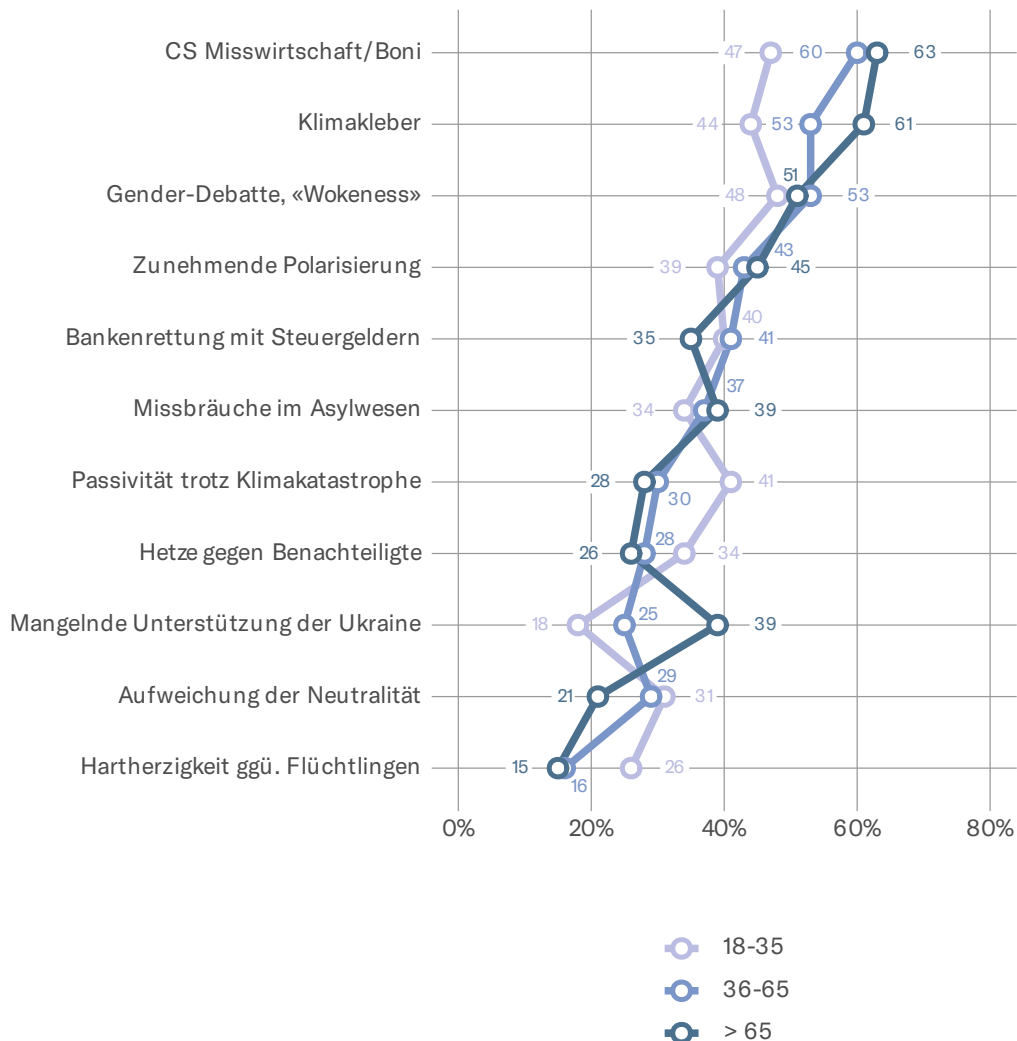
«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Nach Alter



Obwohl die Kritik im Rahmen der Gender-Debatte oftmals gegen «alte, weisse Männer» zielt, löst diese Thematik unter den älteren Befragten nur unwesentlich mehr Ärger aus als bei den jüngeren. Besonders oft im Vergleich zu den jüngeren ärgern sich die älteren Befragten dagegen über die Klimakleber. Ein Ärger-Altersgraben gibt es zudem bei der CS-Misswirtschaft. Zwei Drittel der über 65-Jährigen ärgern sich darüber, jedoch nur die Hälfte der 18- bis 35-Jährigen.

### Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Alter (Abb. 33)

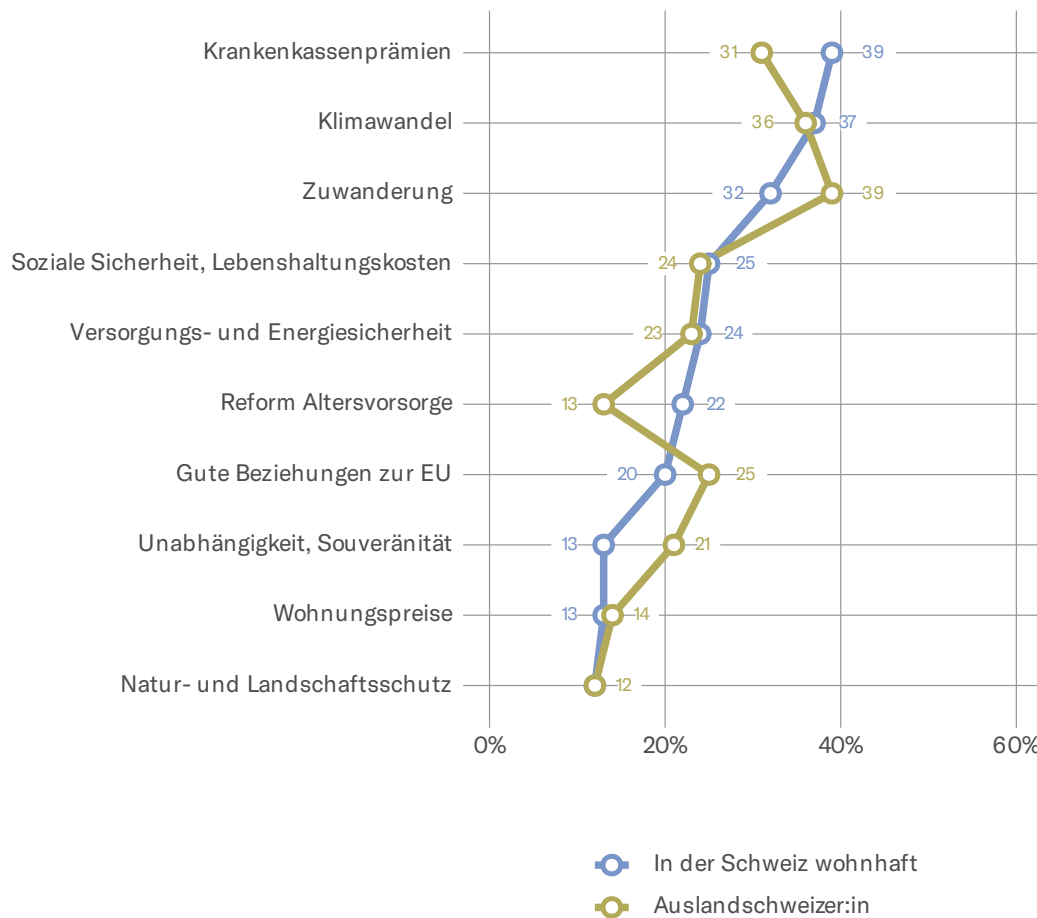
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer zahlen in der Schweiz keine Krankenkassenprämien und sind somit bis zu ihrer Rückkehr nicht von steigenden Prämien in der Schweiz betroffen. Es erstaunt nicht, dass hier die grössten Einschätzungsunterschiede bestehen. 31 Prozent von ihnen erachten die Prämien als eine der drei grossen politischen Herausforderungen der Schweiz, während dies 39 Prozent der inländischen Befragten so sehen. Ähnliches gilt für die Reform der Altersvorsorge, die ebenfalls von den Auslandsschweizerinnen und -schweizer weniger oft genannt wird.

Wichtigste politische Herausforderungen – Auslandschweizer:innen (Abb. 34)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Auslandschweizer:innen



Es sind vor allem Themen, bei denen es um das Verhältnis mit dem Ausland geht, die aus Sicht der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland mehr Bedeutung erhalten sollten. Das gilt für die guten Beziehungen zur EU, aber auch für die Unabhängigkeit, Souveränität und für die Zuwanderungsthematik.

# Einschätzung von Bundesrat und Parlament

Parlamentswahlen haben in der Schweiz nur einen indirekten Einfluss auf die Regierungszusammensetzung, da der Bundesrat durch die Mitglieder der eidgenössischen Räte gewählt wird. Die Wahlberechtigten bewerten aber den Einfluss der einzelnen Bundesrätinnen und Bundesräte auf die Politik und deren Sympathiewerte im Rahmen des SRG-Wahlbarometers regelmässig. Von besonderem Interesse ist zudem die Einschätzung der politischen Ausrichtung des aktuellen Parlaments und des Bundesrats durch die Wählenden.

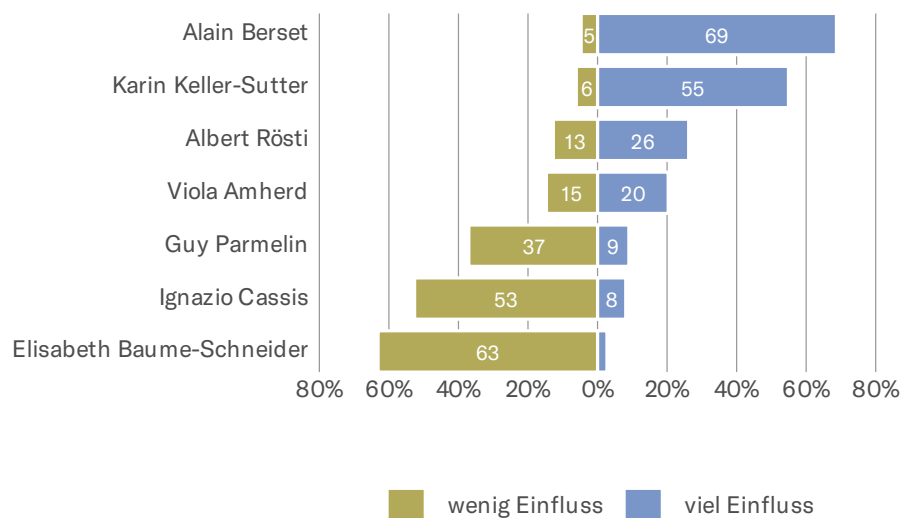
## 4.1. BUNDESRAT: EINFLUSS-RATING

Im Bundesrats-Rating des SRG-Wahlbarometers werden die Bundesratsmitglieder entlang zweier Dimensionen eingeschätzt: Zum einen nach zugeschriebenem Einfluss und zum anderen nach Sympathie. Der Ende Jahr zurücktretende Innenminister Alain Berset (SP) steht dabei hinsichtlich seines zugeschriebenen Einflusses unverändert an der Spitze. 69 Prozent der Befragten sehen ihn gegenwärtig als den Mächtigsten im Amt. Ebenfalls unverändert steht Karin Keller-Sutter (FDP) an zweiter Stelle in Bezug auf den wahrgenommenen

Einfluss der Bundesrätinnen und Bundesräte. Sie hat gegenüber dem letzten Wahlbarometer vom Juli 2023 allerdings leicht an wahrgenommenem Einfluss verloren und steht wieder auf dem gleichen Niveau wie im März 2023. An dritter Stelle folgt ebenfalls unverändert zu den beiden bisherigen Einschätzungen in diesem Wahljahr der im Dezember 2022 neugewählte Bundesrat der SVP, Albert Rösti. Sein wahrgenommener Einfluss fällt aber deutlich tiefer aus als der der beiden vor ihm platzierten Regierungsmitglieder. An vierter Stelle folgt die Verteidigungsministerin Viola Amherd (Die Mitte), die ihren wahrgenommenen Einfluss im Vergleich zu vor dem Sommer ausbauen konnte und auch von etwas mehr Personen als einflussreich denn einflusslos betrachtet wird.

#### Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder (Abb. 35)

«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» und «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»

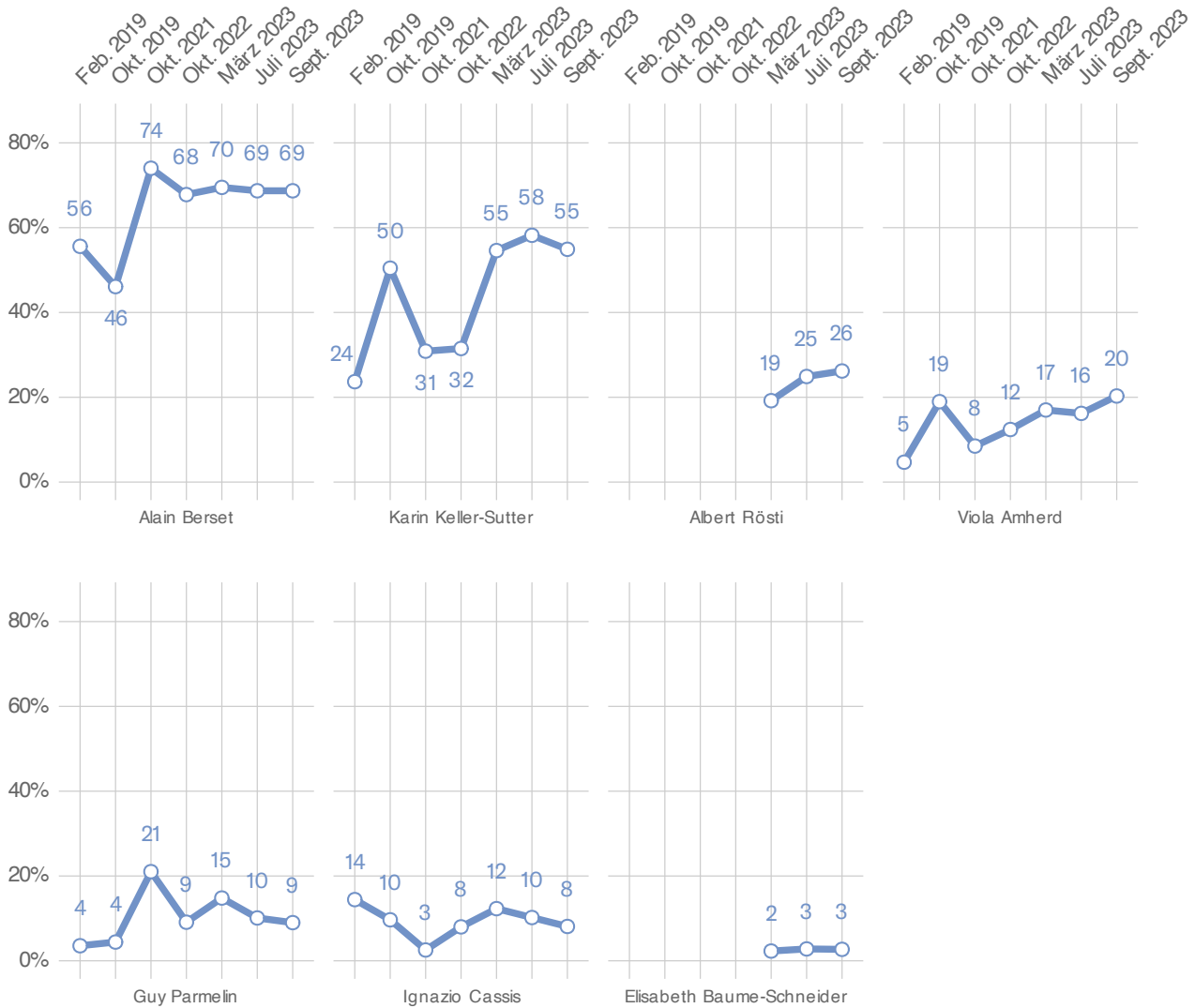


Der wahrgenommene Einfluss von Guy Parmelin (SVP) und Ignazio Cassis (FDP) ist hingegen nach wie vor tief und liegt bei beiden bei weniger als zehn Prozent. Beide Bundesräte werden auch von deutlich mehr Befragten als einflusslos denn einflussreich betrachtet. Die im Dezember 2022 gewählte SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider wird als Regierungsmitglied mit sehr wenig Einfluss betrachtet. Fast zwei

Drittel der Befragten nehmen die Justizministerin als wenig einflussreiches Regierungsmitglied wahr.

Einfluss der Bundesratsmitglieder – Zeitvergleich. (Abb. 36)

Bundesräte mit besonders grossem Einfluss. Maximal zwei Nennungen.

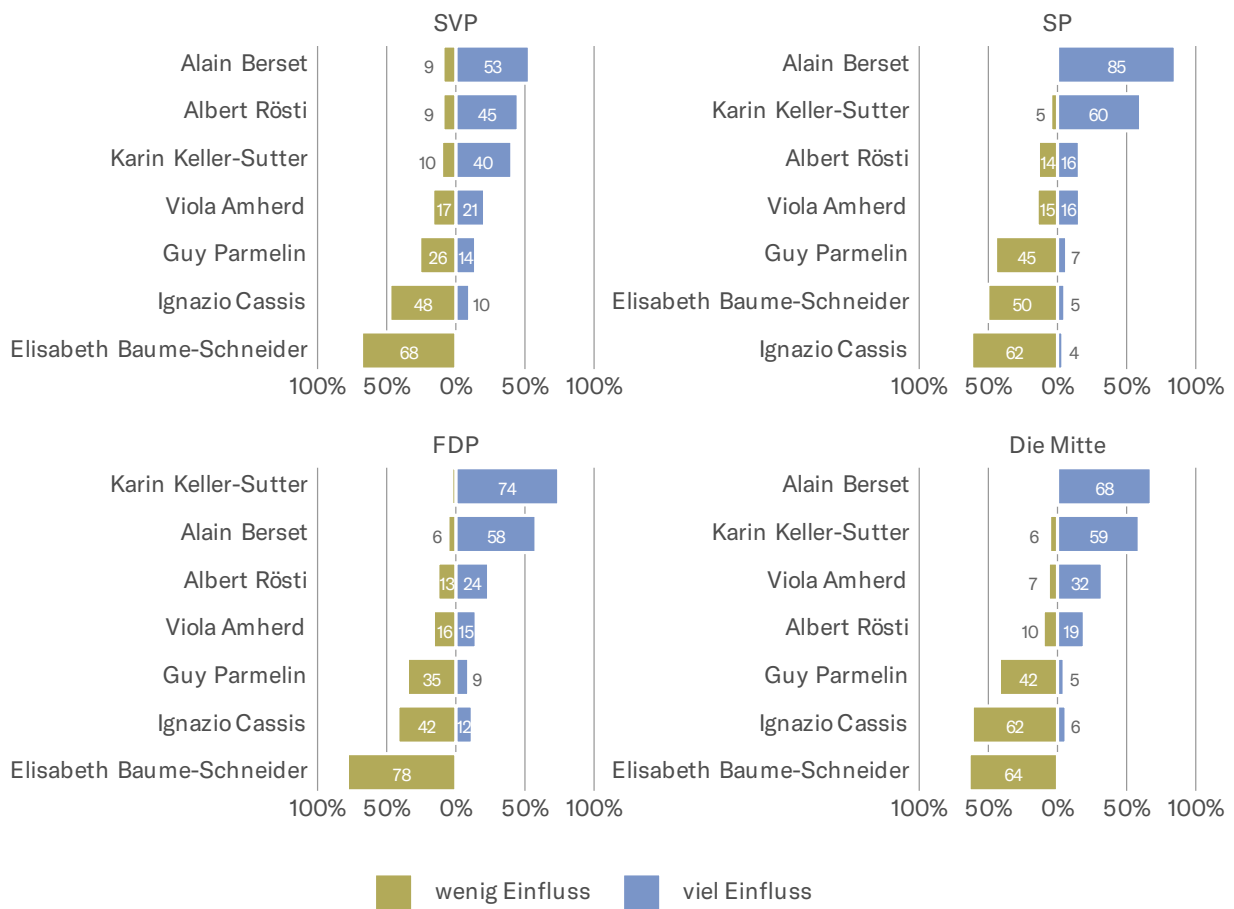


Bundesrat Alain Berset (SP) wurde während der ganzen Legislatur konstant als sehr einflussreich betrachtet, was sicherlich zu einem grossen Teil seiner Rolle während der Covid-19-Pandemie zuzuschreiben ist. Karin Keller-Sutter (FDP) konnte sich nach einem Tief während der Pandemie wieder deutlich steigern. Als Finanzministerin wird ihr ebenfalls viel Einfluss zugestanden. Die Übernahme der CS durch die UBS wirkte sich kurzzeitig noch verstärkend auf ihren wahrgenommenen

Einfluss aus. Gut gestartet ist Bundesrat Albert Rösti, der über die letzten Monate an Einfluss gewonnen hat. Er wird – im Unterschied zu seiner Vorgängerin Simonetta Sommaruga, deren Departement er übernahm und die meistens als Umweltministerin bezeichnet wurde – von den Medien vorwiegend als Energie- oder Verkehrsminister betitelt. Viola Amherd (Die Mitte), die für die Landesverteidigung zuständig ist, konnte ihre Stellung in den letzten zwei Jahren ausbauen und legte nun zwischen dem Wahlbarometer vom Juli 2023 auch um fünf Prozentpunkte zu. Diese Steigerung kann sicherlich zu einem guten Teil auf ihre sichtbarere Rolle aufgrund des Kriegs in der Ukraine sowie auf die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit dem Sicherheits- und Technologieunternehmen Ruag zurückgeführt werden. Guy Parmelin (SVP) erlebte in seinem Präsidentschaftsjahr 2021 ein Hoch, doch seither hat sein wahrgenommener Einfluss wieder deutlich abgenommen. Ignazio Cassis (FDP), der nach wie vor als Bundesrat mit wenig Einfluss wahrgenommen wird, konnte sein Präsidentschaftsjahr 2022 nicht im gleichen Ausmass nutzen. Das Schlusslicht bildet Elisabeth Baume-Schneider, die als Regierungsmitglied mit wenig Einfluss gilt und deren Stellung sich in den letzten Monaten auch nicht bewegt hat.

## Einfluss der Bundesratsmitglieder – nach Partei (Abb. 37)

«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» und «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»



Die Anhängerschaften der Bundesratsparteien sehen Alain Berset auf der Spitzenposition, mit Ausnahme der FDP, welche die eigene Bundesrätin als das einflussreichste Mitglied in der Landesregierung betrachtet. Karin Keller-Sutter wird von den Wählerschaften der SP und der Mitte an zweiter Stelle gesehen, bei der SVP steht sie nach Albert Rösti an dritter Stelle. Auch wenn bei dieser Einschätzung die Bundesräte der eigenen Partei tendenziell als etwas einflussreicher wahrgenommen werden, so trübt der Blick durch die Parteibrille das Gesamtbild nicht gänzlich. Die SVP-Wählerschaft nimmt Albert Rösti zwar als fast so einflussreich wahr wie Alain Berset, schätzt aber den Einfluss ihres zweiten Bundesrats Guy Parmelin als viel weniger hoch ein. Und auch die Wählerschaft der Mitte sieht Viola Amherd zwar auf dem dritten Platz, attestiert aber Alain

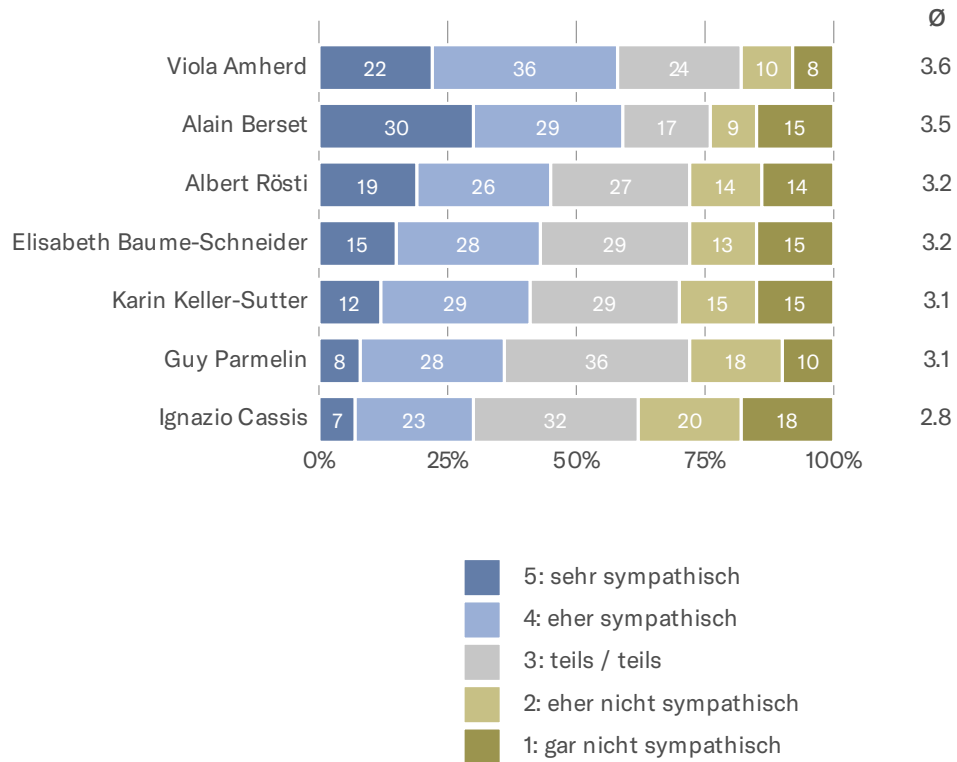
Berset und Karin Keller-Sutter deutlich mehr Einfluss als der eigenen Bundesrätin. Weitgehend einig ist man sich, dass die neue Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider das Mitglied der Regierung mit am wenigsten Einfluss ist, ausser der SP sehen das alle Parteianhängerschaften so.

## 4.2. BUNDESRAT: SYMPATHIE-RATING

Mittels Sympathie-Rating können die Befragten ihre persönlichen Vorlieben zum Ausdruck bringen. Die Vorsteherin des VBS, Viola Amherd, gilt nach wie vor als das sympathischste Regierungsmitglied. In einer Skala von 1 bis 5 erzielt sie einen Durchschnittswert von 3,6. Alain Berset (3,5) folgt an zweiter Stelle. Der aktuelle Bundespräsident wird von gleich vielen Befragten wie Viola Amherd als sympathisch eingestuft, der Anteil der Befragten, der Berset unsympathisch findet, ist hingegen etwas grösser als bei Amherd. Alain Berset lässt nur wenige gleichgültig. An dritter Stelle folgt Albert Rösti, der an Sympathien gewonnen hat und nun gleichauf liegt wie die im Dezember 2022 ebenfalls neu gewählte SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Bei beiden ist der Anteil derjenigen, der sie sympathisch sowie unsympathisch findet, praktisch gleich gross. Bei Elisabeth Baume-Schneider klafft der wahrgenommene (geringe) Einfluss und die Sympathie am meisten auseinander. Sie gilt zwar als sympathisch, aber als einflusslos, während es sich bei Karin Keller-Sutter genau umgekehrt verhält. Sie gilt als mächtige Bundesrätin, landet aber im Sympathie-Rating nur auf dem fünften Platz. Den gleichen Durchschnittswert erreicht auch der zweite SVP-Vertreter im Bundesrat, Guy Parmelin. Allerdings empfinden mit dreissig Prozent etwas mehr Befragte die Finanzministerin als (eher) unsympathisch.

### Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie (Abb. 38)

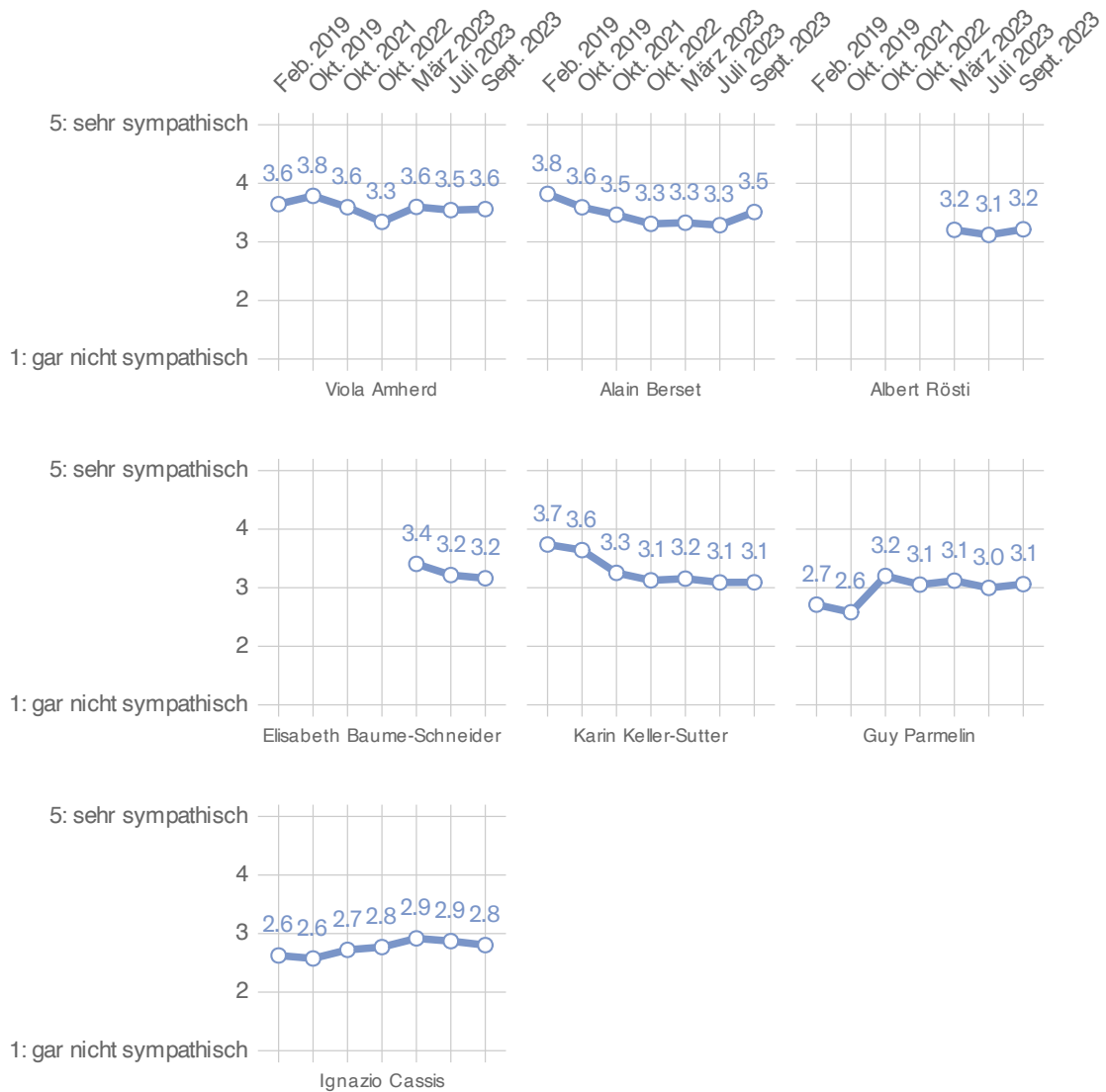
«Welche Bundesräte und Bundesrätinnen sind Ihrer Meinung nach besonders sympathisch?»



Wie bereits in den früheren Befragungen bildet Ignazio Cassis wieder das Schlusslicht. Ignazio Cassis gilt als einziger Bundesrat für mehr Befragte als (eher) unsympathisch als (eher) sympathisch. Seine zur Halbzeit der Legislaturperiode gewonnenen Sympathien hat er wieder vollständig eingebüsst.

**Sympathie der Bundesratsmitglieder– Zeitvergleich (Abb. 39)**

Anteil sehr und eher sympathisch bzw. sehr und eher unsympathisch



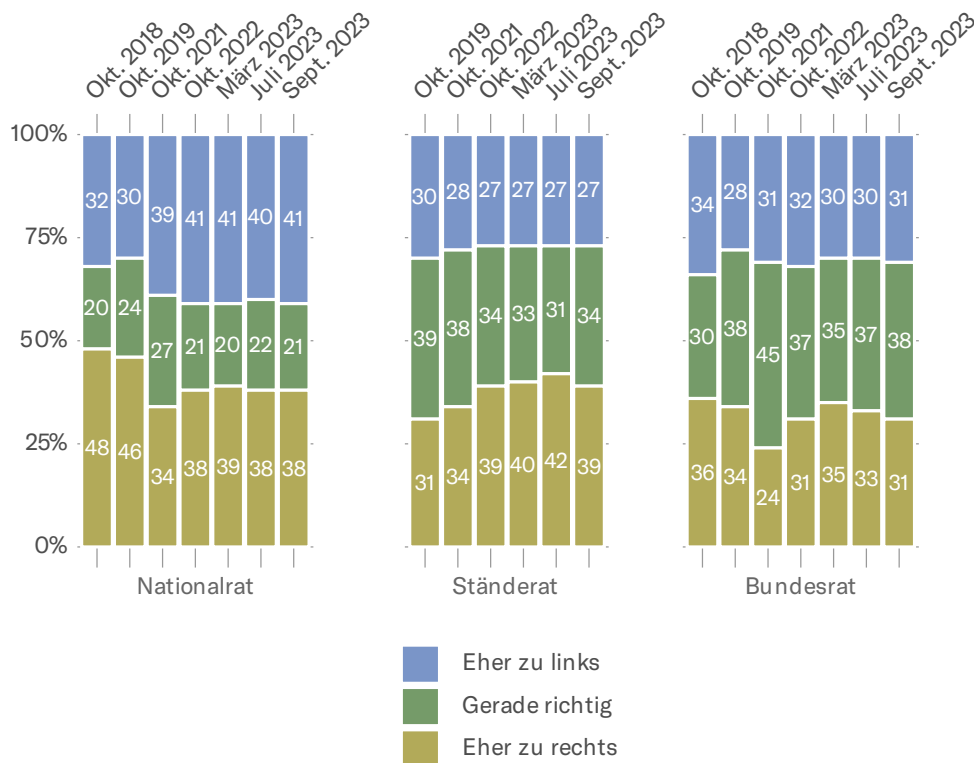
**4.3. AUSRICHTUNG DER RÄTE**

Wie schätzen die Wählerinnen und Wähler die politische Ausrichtung der beiden Parlamentskammern und der Regierung ein? Sind diese Institutionen ihrer Einschätzung nach politisch gerade richtig, oder eher zu links bzw. eher zu rechts ausgerichtet? Die Einschätzungen seit Oktober 2018 bis und mit September 2023 sind in Abbildung 40 dargestellt. In der Legislaturperiode von 2015 bis 2019 waren jeweils deutlich

mehr Wählende der Ansicht, dass der Nationalrat politisch zu weit rechts stehe als zu weit links. In der Folge kam es bei den nationalen Wahlen im Oktober 2019 zu einem für Schweizer Verhältnisse markanten Linksrutsch. Dies dürfte bei den anstehenden Wahlen im Oktober 2023 nicht der Fall sein.

#### Beurteilung der Ausrichtung des Parlaments und der Regierung – Zeitvergleich (Abb. 40)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats/Ständerats/Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



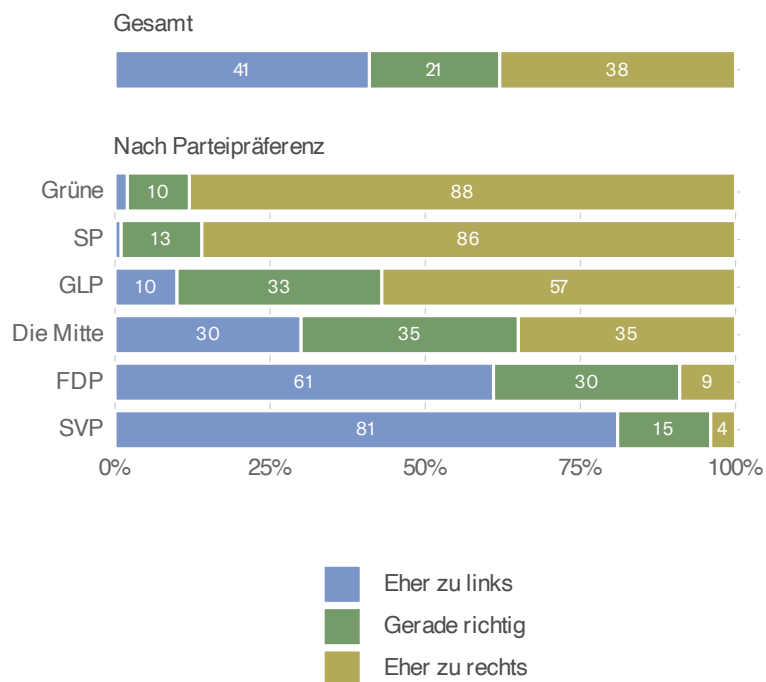
Das aktuelle Parlament wird über fast die ganze Legislatur konstant als deutlich ausgeglichener eingeschätzt als das letzte. Knapp zwei Monate vor den Wahlen ist eine von fünf befragten Personen der Ansicht, der Nationalrat sei gerade richtig positioniert. 38 Prozent der Befragten betrachten den Nationalrat als eher zu rechts, leicht mehr (41%) als zu links. Anders sieht es bei der Einschätzung der politischen Ausrichtung des Ständerats aus. Wurde er zu Beginn der Legislaturperiode von fast vierzig Prozent als gerade richtig positioniert betrachtet, liegt dieser Anteil seit einem Jahr bei rund einem Drittel. Dafür nahm der Anteil derjenigen, die ihn als zu rechts betrachten, über die Zeit

zu und stieg seit Oktober 2019 von 31 auf 39 Prozent. Als zu links empfindet gut ein Viertel der Befragten die kleine Kammer, das kommt gegenüber Oktober 2019 einem leichten Rückgang gleich.

Der Bundesrat wird von am meisten Befragten als gerade richtig eingeschätzt. Allerdings ging der Anteil derjenigen, die ihn gerade richtig positioniert finden, im Vergleich zur Halbzeit der Legislatur klar zurück. Direkt nach der Pandemie empfand fast die Hälfte der Bevölkerung die Regierung als gerade richtig positioniert, im Vergleich zur vorangehenden Legislatur kam das einer deutlichen Zunahme gleich. Mittlerweile ging der Anteil, der den Bundesrat als gerade richtig positioniert betrachtet, auf das Niveau von vor den letzten nationalen Wahlen zurück.

#### Beurteilung der Ausrichtung des Nationalrats – nach Partei (Abb. 41)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats in dieser Legislatur ein?»

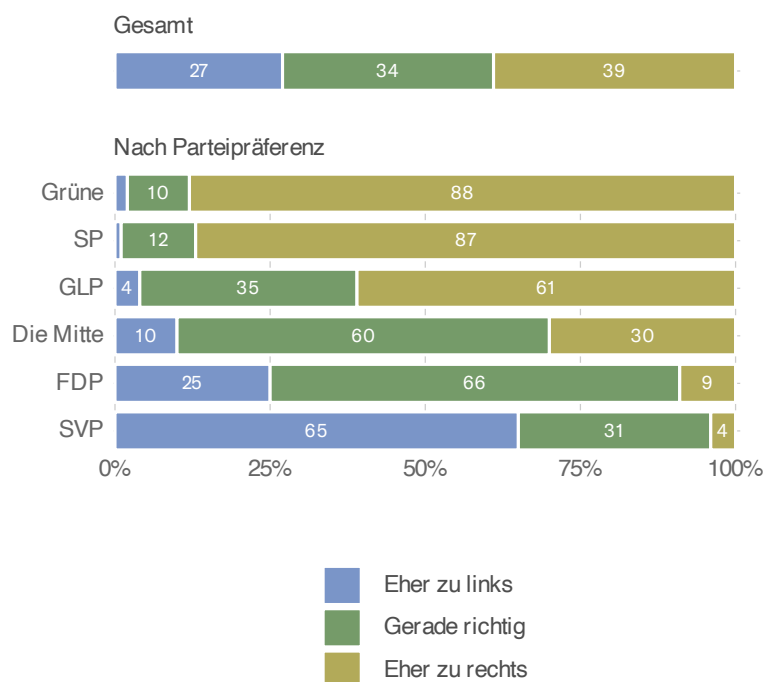


Bei der Frage nach der politischen Ausrichtung zeigt sich die polarisierte Parteienlandschaft der Schweiz sehr deutlich. Die Wählenden der Polparteien nehmen sowohl den Nationalrat, den Ständerat und auch den Bundesrat grossmehrheitlich als zu rechts respektive als zu links wahr. Am ausgeprägtesten

ist diese Situation für die Einschätzung der Ausrichtung des Nationalrats zu beobachten: Von den Wählenden des rotgrünen Lagers empfinden 88 Prozent (Grüne) resp. 86 Prozent (SP) den Nationalrat als zu rechts. Von den Wählenden der SVP sind auf der anderen Seite 81 Prozent der Ansicht, der Nationalrat sei zu links. Nur eine Minderheit zwischen 10 und 15 Prozent der jeweiligen Parteiwählerschaften an den Polen des politischen Spektrums sind der Meinung, der Nationalrat sei gerade richtig positioniert. Bei den Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und der Mitte, aber auch von der GLP, ist dieser Anteil drei Mal so hoch und liegt bei rund einem Drittel. Es zeigt sich weiter, dass je mehr sich die Parteiwählerschaften nach links bewegen, desto mehr nehmen sie den Nationalrat als deutlich zu rechts wahr. Die Wählerschaft der Mitte weist von allen Parteiwählerschaften die ausgeglichene Verteilung auf. Gut ein Drittel nimmt den Nationalrat als zu rechts wahr, ein weiteres gutes Drittel als gerade richtig und knapp ein Drittel als zu links.

#### Beurteilung der Position des Ständerats – nach Partei (Abb. 42)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Ständerats in dieser Legislatur ein?»



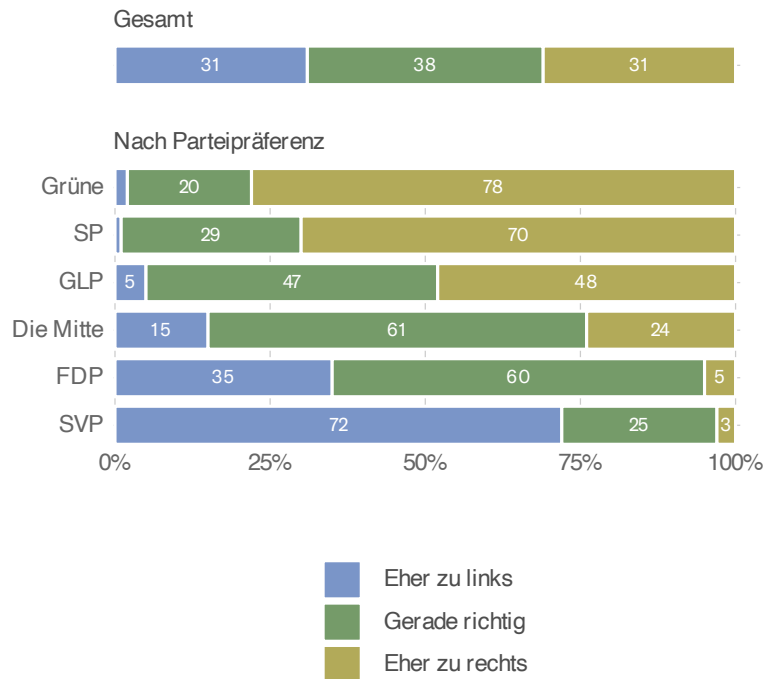
Die Mitglieder des Ständerats werden in fast allen Kantonen nach dem Majorzwahlrecht gewählt. Die stärkste Partei im Ständerat ist Die Mitte mit aktuell 14 Sitzen, gefolgt von der FDP mit 12 Sitzen. Folglich haben die Parteien der traditionellen bürgerlichen Schweiz in der kleinen Kammer mit 26 von 46 Sitzen eine klare Mehrheit inne. Das wirkt sich zum einen auf das Profil des Ständerats aus, zum anderen auf die Wahrnehmung durch die Wählenden.

Der Anteil der Befragten, der zufrieden mit der Ausrichtung des Ständerats ist, ist mit 34 Prozent zwar deutlich grösser als beim Nationalrat, den nur gut ein Fünftel gerade richtig positioniert findet. Der Ständerat wird jedoch von 39 Prozent als zu rechts empfunden, beim Nationalrat liegt der Anteil mit 38 Prozent praktisch gleich hoch.

Am zufriedensten mit der Positionierung zeigt sich die Wählerschaft der FDP. Zwei Drittel der liberalen Wählerschaft betrachtet den Ständerat als gerade richtig positioniert. Auch die Wählerschaft der Mitte ist mehrheitlich zufrieden. Dreissig Prozent sind allerdings der Ansicht, der Ständerat wäre zu rechts, zehn Prozent betrachten ihn als zu links. Im Einklang mit der politischen Position dieser beiden Parteien findet hingegen ein Viertel der FDP-Wählerschaft, dass der Ständerat zu links sei, knapp jede zehnte befragte Person betrachtet ihn als zu rechts. Die SVP-Wählerschaft nimmt hingegen auch den Ständerat grossmehrheitlich als zu links wahr, zufrieden mit seiner Positionierung ist knapp ein Drittel. Das entspricht einem bedeutend grösseren Anteil der Wählerschaft, als dies im rotgrünen Lager der Fall ist, welches den Ständerat mit einem Anteil von gegen neunzig Prozent als zu rechts empfindet. Im Vergleich mit dem letzten Wahlbarometer vom Juli 2023 hat sich diesbezüglich auch praktisch nichts verändert.

### Beurteilung der Ausrichtung des Bundesrats – nach Partei (Abb. 43)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



Beim Bundesrat zeigt sich ein ähnliches Bild wie beim Ständerat. Die Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien sind mehrheitlich der Ansicht, der Bundesrat wäre gerade richtig positioniert. Und obwohl im Bundesrat FDP und SVP im siebenköpfigen Gremium mit je zwei Sitzen vertreten sind, finden knapp drei Viertel der SVP-Wählerschaft, dass der Bundesrat zu links sei, auch ein gutes Drittel der FDP-Wählenden teilt diese Ansicht. Die linke Seite hat zwei Sitze im Bundesrat. Es ist daher wenig erstaunlich, dass von den links positionierten Wählerschaften praktisch niemand den Bundesrat als zu links betrachtet. Ein Fünftel der Wählerschaft der Grünen und knapp ein Drittel der SP-Wählerschaft sind mit der Ausrichtung der Landesregierung zufrieden, um die drei Viertel betrachten ihn als zu rechts. Die GLP-Wählerschaft ist am meisten gespalten, ungefähr gleich viele Befragte sind entweder der Ansicht, der Bundesrat wäre gerade richtig bzw. zu rechts ausgerichtet.

#### 4.4. ZUSAMMENSETZUNG DES BUNDESRATS

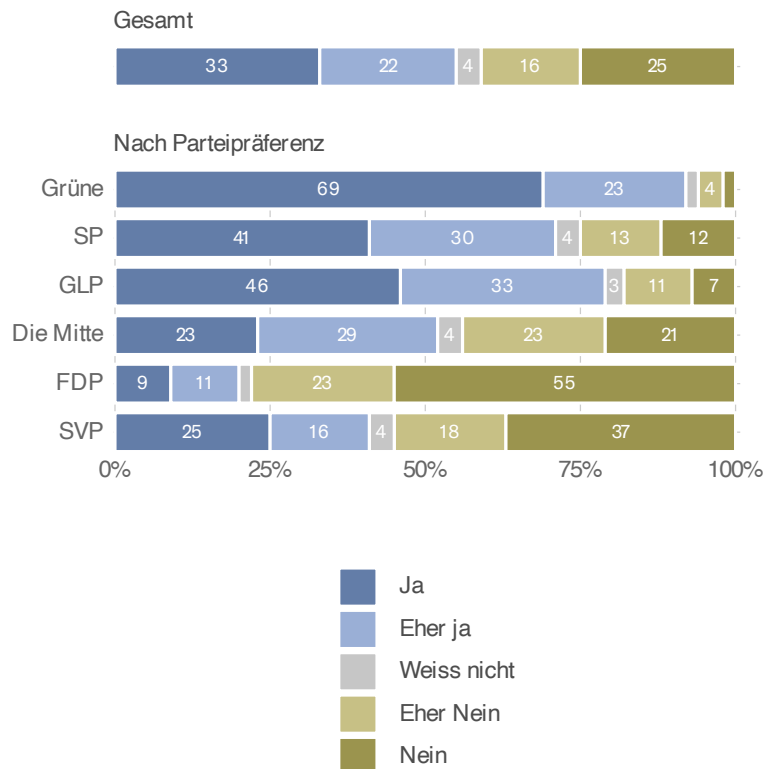
Seit dem Frühling 2023 werden die Teilnehmenden des Wahlbarometers auch nach ihrer Beurteilung der aktuellen parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrats und ihrer diesbezüglichen Zufriedenheit gefragt.

Aktuell wünschen sich gut die Hälfte der Befragten (eher) eine Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung, vierzig Prozent (eher) nicht. Unentschieden sind nur vier Prozent. Allerdings sind sich die Parteiwählerschaften in dieser Frage nicht einig. Am deutlichsten eine Veränderung wünscht sich klar die Wählerschaft der Grünen Partei. Die Grünen sind bisher auch nicht in der Landesregierung vertreten, obwohl ihr Wähleranteil über die Zeit stark angestiegen ist. Fast ihre gesamte Wählerschaft wünscht sich denn auch eine Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung.

Auch die GLP ist nicht im Bundesrat vertreten. Ihre Parteiwählerschaft spricht sich ebenfalls für eine neue Zusammensetzung aus, aber mit achtzig Prozent weniger dezidiert als die Wählerschaft der Grünen. Für eine Veränderung der Zusammensetzung der Landesregierung spricht sich mit siebzig Prozent auch die Mehrheit der SP-Wählerschaft aus. Gut die Hälfte der Wählerschaft der Mitte spricht sich ebenfalls für eine Veränderung aus, gut vierzig Prozent sind (eher) dagegen. Bei der SVP spricht sich eine knappe Mehrheit von 55 Prozent (eher) gegen eine Veränderung aus, vierzig Prozent wären (eher) dafür. Nur die Wählerschaft der FDP ist deutlich gegen eine neue Zusammensetzung des Bundesrats.

### Notwendigkeit einer Veränderung (Abb. 44)

Frage: «Wünschen Sie eine Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrats (Heute: 2 SVP, 2 SP, 2 FDP, 1 Mitte)?»



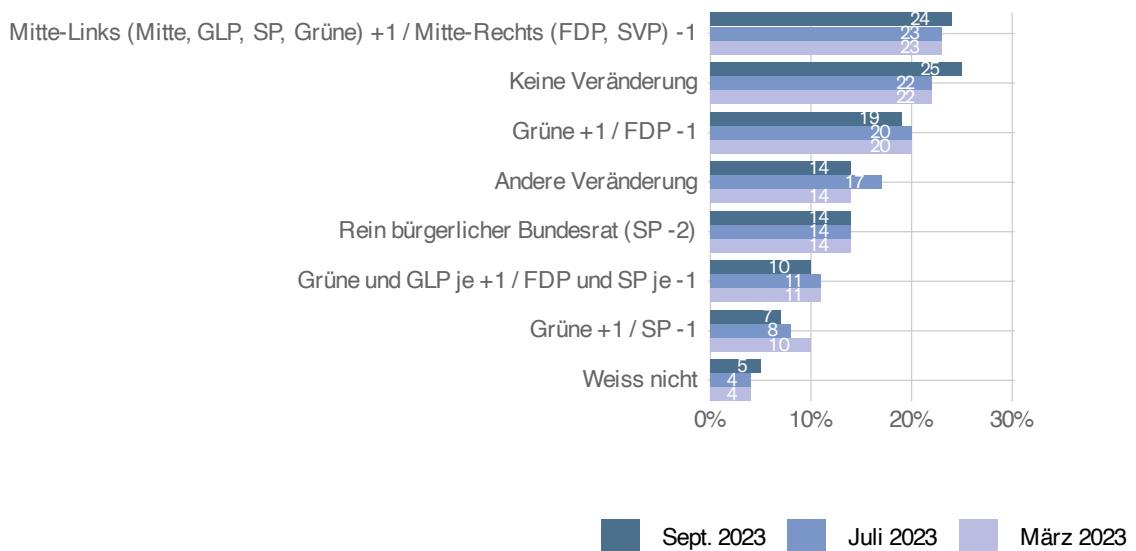
Dass die FDP-Wählerschaft nicht an einer Veränderung interessiert ist, ist insofern nachvollziehbar, da seit geraumer Zeit darüber debattiert wird, ob nicht das Mitte-rechts-Lager mit zwei FDP- und zwei SVP-Sitzen im Bundesrat allenfalls als eher übervertreten betrachtet werden kann.

Die Zustimmungswerte zu den möglichen Rochaden sind seit Frühjahr 2023 relativ unverändert. Der Vorschlag, dass Mitte-rechts einen Sitz zu Gunsten des links-progressiven Lagers abgäbe, stösst mit knapp einem Viertel denn auch auf am meisten Zustimmung in Bezug auf eine allfällige Neuzusammensetzung. Allerdings wünschen sich mit einem Viertel genauso viele Befragte keine Veränderung der Regierungszusammensetzung, dieser Anteil ist im Wahljahr auch leicht gestiegen. Knapp ein Fünftel der Befragten wäre konkret dafür, den Grünen einen Sitz auf Kosten der FDP zukommen zu lassen.

Alle anderen Vorschläge kommen deutlich schlechter an. Sowohl ein rein bürgerlicher Bundesrat oder ein Bundesrat mit nur noch einem Sitz der SP zu Gunsten von grün bzw. grünliberal, findet nur sehr wenig Zustimmung.

#### Art der parteipolitischen Veränderung (Abb. 45)

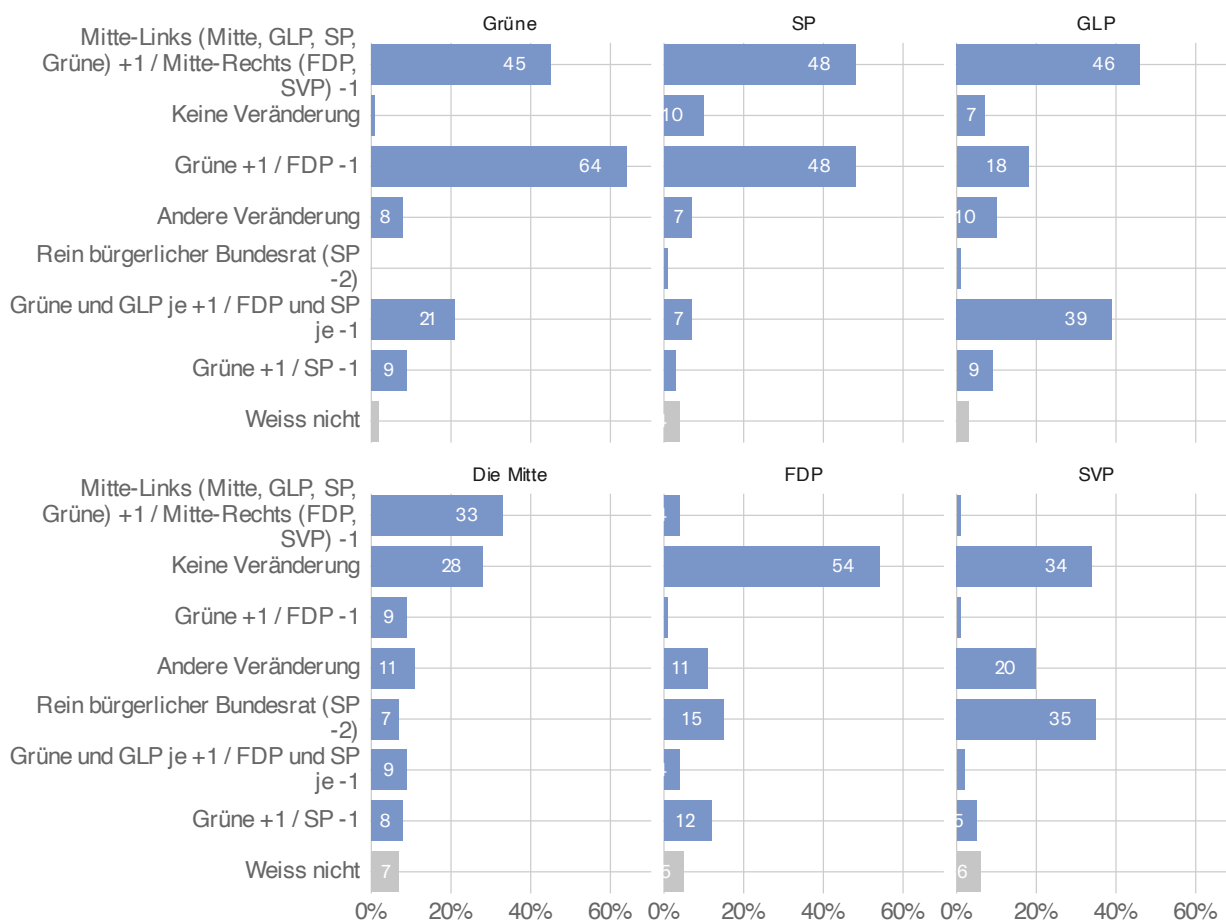
Frage: «Welche der folgenden Anpassungen würden Sie begrüßen? (Markieren Sie alle Varianten, die Sie besser finden als die aktuelle)»



Von den einzelnen Parteiwählerschaften spricht sich die FDP am deutlichsten für den Status Quo aus. Zwei Drittel der Wählerschaft der Grünen möchte einen Sitz für die eigene Partei zu Lasten der FDP. Knapp die Hälfte spricht sich aber einfach für eine generelle Stärkung des links-progressiven Lagers zu Lasten von Mitte-rechts aus. Unterstützung bekommt sie dafür von der SP-Wählerschaft, die dies ähnlich einschätzt. Auch die GLP-Wählerschaft möchte eher dem Mitte-rechts Lager einen Sitz wegnehmen, könnte sich aber zu gut vierzig Prozent auch vorstellen, statt der FDP/SVP der SP/FDP einen Sitz zu Gunsten von grün und grünliberal zu nehmen. Die Wählerschaft der Mitte ist sich nicht einig, spricht sich aber etwas häufiger für eine Zusammensetzung mit einem Sitz mehr für Mitte-links aus als für den Status Quo. Die SVP-Wählerschaft hat keine Mehrheitspräferenz, ein rein bürgerlicher Bundesrat oder der Status Quo stossen bei je etwa einem Drittel der Wählerschaft auf Zustimmung.

Art der parteipolitischen Veränderung (Abb. 46)

Frage: «Welche der folgenden Anpassungen würden Sie begrüssen? (Markieren Sie alle Varianten, die Sie besser finden als die aktuelle)» - Nach Parteien



# Profil der Wählenden

Wie setzt sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Im folgenden Kapitel wird das Profil der Parteianhängerschaften unter die Lupe genommen. Das stabile Parteiengefüge der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht stabile Muster zeigen. Dennoch sind einige Auffälligkeiten festzustellen, die im Einklang stehen mit den ausgewiesenen Veränderungen in Bezug auf den Wahlentscheid.

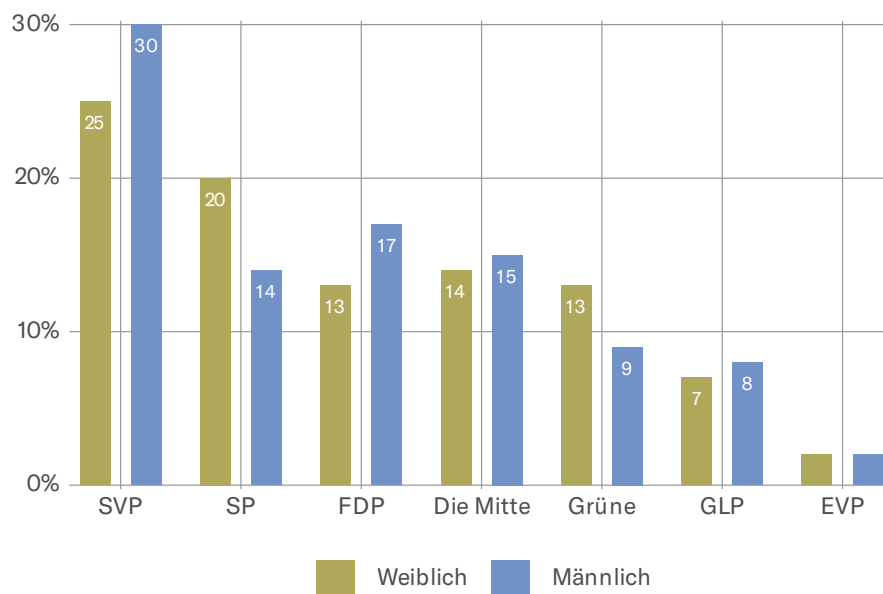
## 5.1. DEMOGRAPHIE: GESCHLECHT UND ALTER

Die Parteien des politischen Zentrums, d.h. die Mitte, die GLP und die EVP, werden zu praktisch gleichen Anteilen von Wählerinnen und Wählern unterstützt. Bei den links und rechts der Mitte stehenden Parteien trifft dies nicht zu. Abbildung 47 zeigt, dass sowohl die SVP wie auch die FDP einen rund fünf Prozentpunkte höheren Anteil an Wählern als an Wählerinnen haben, während die Parteien auf der linken Seite, d.h. die SP und die Grünen, von mehr Wählerinnen als Wählern unterstützt werden. Dreissig Prozent der Männer geben an, die SVP wählen zu wollen, 17 Prozent wollen für die FDP votieren. Knapp die Hälfte der männlichen Wählerschaft unterstützt somit eine Partei, die

rechts der Mitte angesiedelt ist. Ein Viertel der Männer würde eine Partei des linken Spektrums wählen, ebenfalls gut ein Viertel eine Partei in der politischen Mitte. Von den Wählerinnen würde ein Drittel eine Partei des linken Spektrums wählen, knapp vierzig Prozent eine Partei des rechten Spektrums und ungefähr ein Viertel eine Zentrumsparterie.

#### Wähleranteile nach aktueller Wahlabsicht – Nach Geschlecht (Abb. 47)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



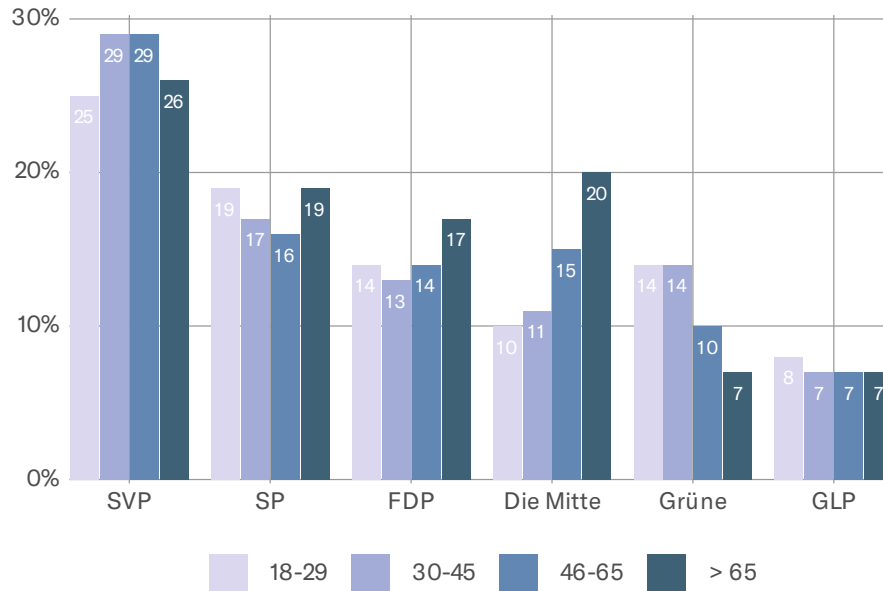
Die traditionellen Parteien der bürgerlichen Schweiz, die Mitte und die FDP, sind die Parteien, die von älteren Wählenden deutlich besser unterstützt werden als von jüngeren. Die Mitte hat bei Personen über 65 einen doppelt so grossen Wähleranteil als bei Personen unter 46. Genau umgekehrt zeigt sich das Bild bei den Grünen. Die Partei behält ihre Attraktivität für junge Wählersegmente, sie hat doppelt so viele Unterstützende unter 46 als im Rentenalter.

In allen Altersgruppen auf einen ungefähr gleich hohen Wähleranteil kommt vor allem die GLP. Aber auch die SVP und die SP zeigen im Vergleich zu früheren Auswertungen wieder relativ ausgeglichene Wählersegmente in den unterschiedlichen Altersgruppen. Bei der SVP allerdings in der Tendenz zu Personen

in der aktiven Lebensmitte, die SP hingegen spricht sowohl die jüngsten sowie die ältesten Wählenden gut an.

#### Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Alter (Abb. 48)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



Betrachtet man die Wahlentscheidung der Altersgruppen nach Geschlecht, zeigen sich einige Auffälligkeiten. Ausgeprägt sind die Geschlechterunterschiede innerhalb einer Altersgruppe bei der SP und den Grünen sowie bei der FDP und – vor allem bei der jüngsten Generation – bei der SVP. Auf der anderen Seite zeigen sich über alle Altersgruppen hinweg bei der Wählerschaft der Mitte und der GLP praktisch keine Geschlechterunterschiede.

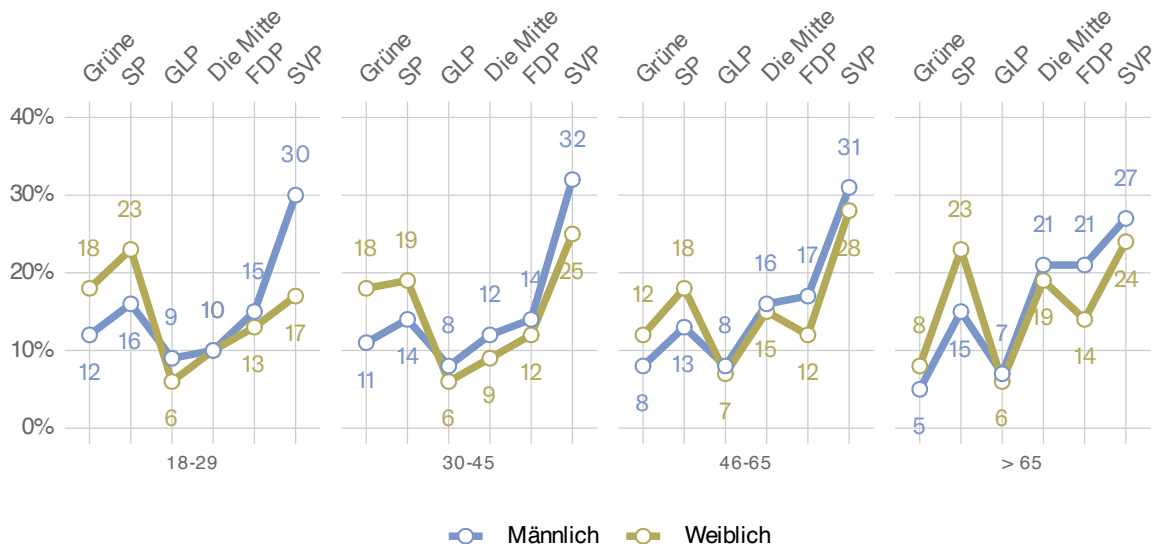
Betrachtet man die jüngste Altersgruppe innerhalb der Wählerschaft, so zeigen sich bei den beiden links stehenden Parteien grosse Geschlechterunterschiede. SP und Grüne haben rund 1,5-mal so viele junge Wählerinnen als Wähler. Auf der anderen Seite wird die SVP von jungen Männern fast doppelt so oft unterstützt wie von Wählerinnen.

Bei den 30- bis 45-Jährigen sind die Geschlechterunterschiede der Polparteien immer noch deutlich, aber etwas weniger ausgeprägt. Auch für diese Altersgruppe sind die Parteien des linken Spektrums für Wählerinnen attraktiver als für Wähler,

während die SVP bei Männern besser ankommt als bei Frauen. Nach bereits ausgeführtem Muster zeigen sich auch in der Altersgruppe der 46- bis 65-Jährigen bei der Wählerschaft der FDP sowie der Linksparteien Geschlechterunterschiede, allerdings weniger deutlich als bei den jüngeren Wählenden. Bei der Altersgruppe über 65 zeigt sich bei der SP ein bestehender starker Geschlechterunterschied, ebenso bei der FDP. Bei den Grünen sowie auch bei der SVP hingegen ist er deutlich kleiner.

#### Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Alter und Geschlecht (Abb. 49)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



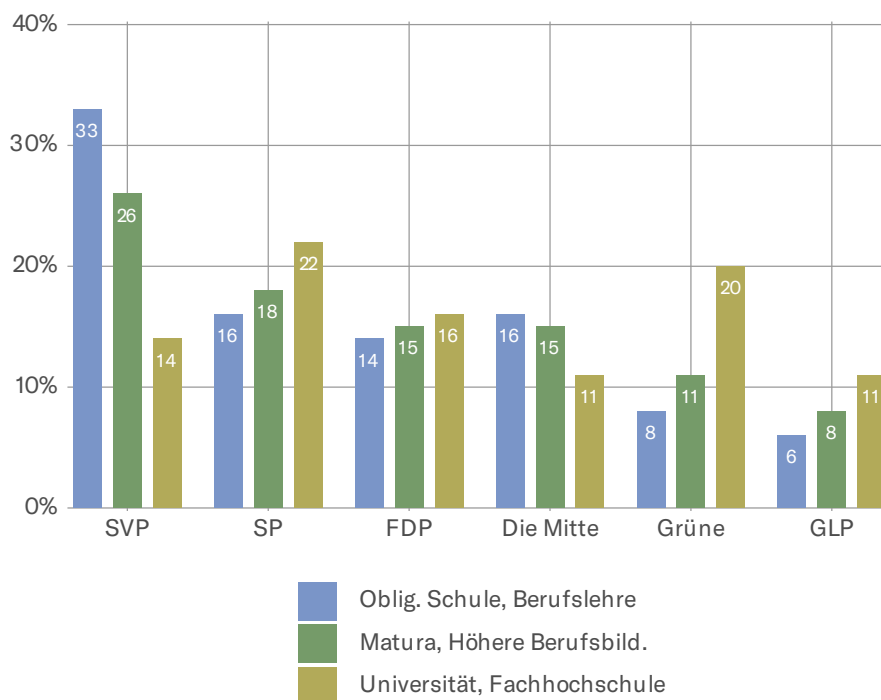
## 5.2. SOZIALE SCHICHTUNG: BILDUNG UND EINKOMMEN

Bildungsabschluss und Einkommen sind die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der einzelnen Wählerschaften zeigt, dass diese beiden Merkmale zwischen den einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind.

Wie Abbildung 50 zeigt, ist die Verteilung nach Bildungsniveau zwischen den Parteien sehr ungleich. Die SVP hat einen mehr als doppelt so hohen Anteil an Wählenden mit tieferer Bildung als mit höherer Bildung, auch die Mitte verfügt über mehr Wählende mit tieferer und mittlerer Bildung als mit höherer, allerdings sind die Unterschiede nur geringfügig. Genau umgekehrt ist es bei der Wählerschaft der Grünen, in deren Wählerschaft doppelt so viele Personen über einen höheren Bildungsabschluss verfügen als über einen tieferen. Auch in der Parteiwählerschaft der SP weisen am meisten Personen einen höheren Bildungsabschluss auf, so wie auch in der Wählerschaft der FDP und der GLP prozentual etwas mehr Personen über einen höheren Bildungsabschluss verfügen als über einen tieferen.

#### Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Bildungsabschluss (Abb. 50)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»

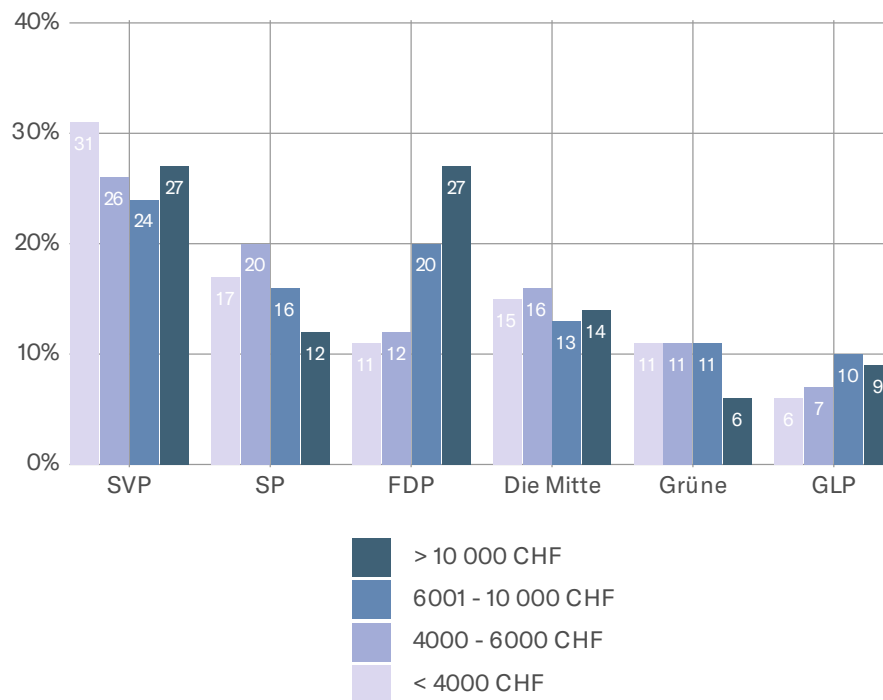


Aufgeschlüsselt nach Einkommensgruppen zeigen sich grosse Unterschiede in der Zusammensetzung der einzelnen Parteiwählerschaften. Seit diesem Jahr werden die Einkommen der Befragten individuell erhoben und nicht mehr, wie in frühe-

ren Ausgaben des Wahlbarometers, das Haushaltseinkommen. Aus diesem Grund ist auch die Vergleichbarkeit mit früheren Wahlbarometern eingeschränkt.

#### Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen (Abb. 51)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



Von den Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 10'000 Franken wählen je gut ein Viertel die FDP bzw. die SVP. Über die Hälfte der sehr gut verdienenden Personen in der Schweiz geben ihre Stimme somit einer der beiden Parteien aus dem rechts-bürgerlichen Spektrum. Allerdings hat die SVP auch bei den Personen aus der tiefsten Einkommensklasse mit gut dreissig Prozent den höchsten Wähleranteil, während in der Wählerschaft der FDP diejenigen mit einem Einkommen von weniger als 4'000 Franken den kleinsten Teil ausmachen.

Die Wählerschaften der links positionierten Parteien SP und Grüne haben hingegen den kleinsten Anteil in ihrer Wählerschaft bei den sehr gut verdienenden Personen, dafür haben sie in ihrer Wählerschaft einen höheren Anteil an weniger verdienenden bzw. Personen mit mittlerem Einkommen.

Die Mitte ist die Partei, deren Wählerschaft sich relativ gleichmässig auf die Einkommensklassen verteilt, in weniger deutlicher Masse ist dies auch für die Wählerschaft der GLP der Fall.

Bei der Wählerschaft der FDP und der GLP widerspiegelt sich das Bildungsniveau in der Einkommensverteilung. Die Parteien haben in ihrer Wählerschaft gut ausgebildete Personen, die auch gut verdienen. Bei der SP und den Grünen ist es gerade umgekehrt. Beide haben in ihrer Wählerschaft überdurchschnittlich viele gut ausgebildete Personen, aber gleichzeitig den kleinsten Wähleranteil in der höchsten Einkommensklasse. Die SVP hat in ihrer Anhängerschaft einen höheren Anteil an wenig gut Ausgebildeten und auch an wenig Verdienenden, gleichzeitig hat sie aber auch einen hohen Anteil an sehr gut verdienenden Personen in ihrer Wählerschaft.

Die Wählerschaft der Mitte verteilt sich vor allem hinsichtlich des Einkommens über alle Gruppen relativ gleichmässig, bezüglich Bildungsabschlüsse sind die besser Ausgebildeten in der Wählerschaft weniger vertreten.

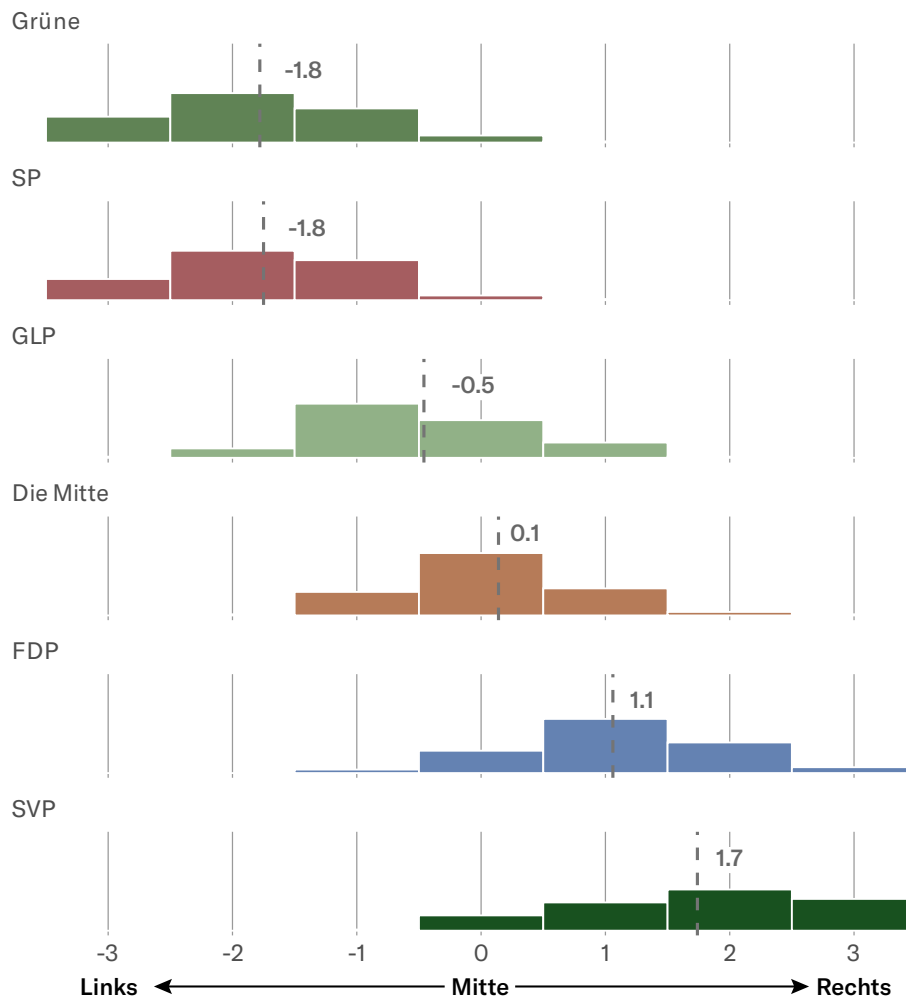
Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Schere zwischen Bildung und Einkommen im rotgrünen Lager am stärksten auseinanderdriftet. Vor allem die Wählerschaft der Grünen weist deutlich mehr überdurchschnittlich Gebildete auf als wenig gut ausgebildete Personen. Gleichzeitig hat die grüne Partei vor allem Wählerinnen und Wählern aus unteren und mittleren Einkommensklassen. Dies trifft auch auf die SP zu. Zurückzuführen ist dies einerseits darauf, dass es sich bei der Wählerschaft der linken Parteien um eine im Durchschnitt häufig jüngere sowie weibliche Wählerschaft handelt, die weniger verdient. Andererseits sind auch postmateriell orientierte Personen, die gar kein hohes Einkommen anstreben, bei ihnen überdurchschnittlich vertreten.

### 5.3. SELBSTPOSITIONIERUNG AUF DER LINKS-RECHTS-ACHSE

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 52 zeigt das politische Profil der Wählerschaft der einzelnen Parteien. Identisch fällt die Selbstpositionierung der Wählerschaft der Grünen und der SP aus. Im Spektrum zwischen links (-3) und rechts (+3) positioniert sich die Basis der beiden Parteien bei -1,8. Die Anhängerschaft der GLP ist mit -0,5 leicht links der Mitte positioniert, während die Mitte mit +0,1 genau in Mitte angesiedelt ist. Klar rechts der Mitte befindet sich hingegen die Wählerschaft der FDP. Ihre mittlere Position liegt bei 1,1. Die FDP hat einen leichten Rechtsrutsch erlebt und unterscheidet sich dadurch heute stärker von der ehemaligen CVP und der BDP bzw. der Mitte als von der SVP-Wählerschaft. Diese ist mit 1,7 die Partei, die am weitesten rechts im politischen Spektrum der Schweiz zu verorten ist.

Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum (Abb. 52)

«Wo würden Sie sich auf einer Skala zwischen «links» und «rechts» einstufen?»



# Datenerhebung und Methode

Die Datenerhebung des SRG SSR Wahlbarometers fand zwischen dem 4. August und dem 25. August 2023 statt. Die Befragung erfolgte online, die Teilnehmenden wurden einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von Sotomo rekrutiert. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 40'889 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden (Deutschschweiz: 32'956, Franz. Schweiz: 6982, Ital. Schweiz: 951).

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,2 Prozentpunkten.